Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis frei Haus durch die Austräger vierteljährl. M. 4.80, monatl. M. 1.60 durch die Post bezogen desgl. und 14 Pf. monatl. Bestellgeld; bei Abholung a. d. Exped. M. 4.50 resp. M. 1.50. Einzelnummer 15 Pf. — Erscheinen 6 mal wöchentl. nachm. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geboten. — Erfüllungsort Merseburg. — Fernruf 100. Geschäftsstelle Hälteestr. 4.

Anzeigenpreis für den Gespaltenen Millimeter Satzhöhe 15 Pf. Die Aufnahme für die laufende Nummer gilt (Oberteil) resp. Mount) wird vorgemerkt. Kleine Anzeigen in Fettdruck genommen. Schwierger Satz wird angemessen höher berechnet. — Reklamezeile 75 Pf. — Zitzgebühr und Porto extra. Anzeigenschluß 11 Uhr vorm. für umfangreiche Anzeigen 7 Uhr abds. d. vorhergehenden Tages

Amtliches Anzeigeblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden

Nr. 147. Dienstag, den 8. Juli 1919. 159. Jahrgang.

Tageschronik

Eine Weimarer Krise: Preußens Zerfall in Vorbereitung.

Eine neue Rheinrepublik?

Neue Bedingungen für die Rückgabe der Kriegsgefangenen?

Abbruch des Frankfurter Eisenbahnerstreikes.

Weitere Ausdehnung des Streiks im Reiche.

Lebensmittelunruhen in vielen Städten.

Polnische Ausschreitungen in Kattowitz.

Räteregierung in Florenz.

Krisenstimmung in Weimar.

Der Bestand Preußens in Gefahr.

Das Reichskabinett, die preußische Regierung und die Führer der preußischen Fraktionen waren am Sonnabend in Weimar zu Besprechungen versammelt, die sich in der Hauptsache um Artikel 18 der Reichsverfassung drehten, dessen zweiter Absatz lautet: „Die Neubildung von Ländern oder die Aenderung ihres Gebietes durch Vereinigung oder Abtretung von Gebieten setzt die Zustimmung der daran unmittelbar beteiligten Länder voraus und bedarf der Bestätigung durch Reichsgesetz. Stimmen die beteiligten Länder nicht zu, so kann eine solche Neubildung oder Gebietsänderung nur durch ein verfassungänderndes Reichsgesetz erfolgen, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird oder ein überwiegendes Allgemeininteresse sie erheischt."

Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurden die Verhandlungen abgebrochen und auf Dienstag vertagt.

Zu dem Artikel 18 lag ein Kompromißantrag der beiden Mehrheitsparteien vor, das Wort „verfassungänderndes" zu streichen. Würde dieser Antrag von der Nationalversammlung angenommen, so könnte das ein Auseinanderfallen Preußens zur Folge haben, denn da ein einfaches Reichsgesetz genügen würde, eine qualifizierte Mehrheit somit nicht erforderlich wäre, so würden den Loslösungsbestrebungen z. B. im Rheinland und Hannover keine großen Hindernisse mehr im im Wege stehen. Ein Deutschnationaler Antrag, der in erster Linie die Streichung des zweiten Satzes im zweiten Absatz des Artikels 18 fordert, für den Fall der Ablehnung dieses Antrages aber den Entwurf der Reichsverfassung zur Durchführung des Einheitsgedankens an den Verfassungsausschuß zurückverweisen will, dürfte besonders in süddeutschen, namentlich bayerischen Kreisen auf Schwierigkeiten stoßen. Sehr pessimistisch beurteilen die „Leipz. N. N." die Sachlage. Sie schreiben:

Die Dinge sind wohl so weit gediehen, daß man von einem bevorstehenden Ende Preußens sprechen kann. Die preußische Regierung ist bereit, dem Rheinland, Niedersachsen und Schlesien eine weitgehende Autonomie zu gewähren, so daß sie fast die Selbständigkeit eigener Bundesstaaten erhalten sollen. Da gleichzeitig im allgemeinen auf kulturellem Gebiet allen Provinzen das Recht verliehen werden soll, die Ausgestaltung ihres Schulwesens einschließlich des Religionsunterrichts selbständig zu regeln, wird das Gefüge Preußens durch diese parallel laufenden Konzessionen so stark erschüttert, daß man schon berechtigt ist, von dem Ende des Staates Preußen zu sprechen."

• • •

Neuer Hochverrat im Westen.

Aus Mainz wird gemeldet, daß neue Putsche zur Ausrufung der Republik Rheinpfalz und Rheinland geplant seien. Die Franzosen benutzten zur Erreichung ihrer Ziele eifrig ihre Werbefonds, aber die Bevölkerung sei entschlossen, jeden gewaltsamen Versuch, der auf die Lostrennung des Rheinlandes und der Pfalz von Deutschland abziele, mit allen Mitteln abzuwenden.

Der Koblenzer Vertreter der „Daily Mail" telegraphiert, daß eine neue deutsche Republik, bestehend aus der Rheinprovinz, Hessen, Hessen-Darmstadt und der Rheinpfalz, mit dem Regierungssitz in Darmstadt im Entstehen begriffen sei. Der frühere sozialdemokratische und jetzige hessische Staatspräsident, Reichstagsabgeordneter Ulrich, solle Präsident der neuen Republik werden, die eine deutsche Bundesrepublik sein solle.

Französische Willkürherrschaft.

Der stellv. Regierungspräsident von Wiesbaden Springorum wurde nach der „B. Z." vom französischen Gericht zu drei Monaten Gefängnis und mehreren Tausend Franks Geldstrafe verurteilt, weil er einen für die Berliner Regierung bestimmten Brief durchzuschmuggeln versucht hatte.

Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg." hat Oberregierungsrat Springorum, hat gegen seine Verurteilung Berufung eingelegt. Er ist einstweilen vom Amt suspendiert und hat sich der französischen Regierung gegenüber verpflichten müssen, Wiesbaden nicht zu verlassen.

Das doppelzüngige Zentrum.

Trotzdem das Zentrum offiziell alle Bestrebungen auf Schaffung einer rheinischen Republik ablehnt, finden inoffiziell geheime Konferenzen zu dieser Frage statt. Laut „Rhein. Ztg." fand am 1. Juli in Niederlahnstein eine vertrauliche Besprechung der Zentrumsführer statt, in der zur Frage der Republik Stellung genommen wurde. Schleunige Aufklärung ist geboten, was hier hinter verschlossenen Türen verhandelt wurde.

Ein deutsch-hannoverscher Protest.

Die Deutsch-hannoversche Partei protestiert in einem Rundschreiben an die Mitglieder der Nationalversammlung auf das allerschärfste gegen die Verdächtigung, daß sie mit englischer Hilfe eine Loslösung Hannovers vom Reiche anstrebe. Sie strebe lediglich ein freies Hannover im freien deutschen Reiche an.

Vor der Ratifizierung.

Lersner Vorsitzender der Friedensdelegation.

Legationsrat Frhr. von Lersner hat Clemenceau gestern seine Ernennung zum Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation notifiziert.

China unterzeichnet.

„Nieuws van den Dag" meldet aus Paris, daß die chinesische Delegation angewiesen wurde, den Friedensvertrag zu unterzeichnen und daß China damit in den Völkerbund aufgenommen werden kann.

Neue Bedingungen für die Rückgabe der Kriegsgefangenen?

Aus Basel kommt folgendes, bisher unbestätigtes ungeheuerliches Gerücht:

Zu der Freigabe der deutschen Gefangenen hört man, daß Frankreich an die Rückfendung eine Bedingung geknüpft haben soll, die für Deutschland schlechterdings nicht erfüllbar ist, und daß man in der deutschen Delegation in Versailles hofft, daß Frankreich von dieser Forderung absehen wird. Es soll sich um eine gewisse, einige Hundert nicht übersteigende Anzahl von französischen Kriegsgefangenen handeln, die sich noch in Deutschland befinden sollen, deren Aufenthalt aber der deutschen Regierung selbst unbekannt ist und deren Rückgabe Frankreich fordert.

General Delobbe bedauert.

Der Vorsitzende der belgischen Mission in Spaa, General Delobbe, hat an General v. Hammerstein eine Note gerichtet, in der es heißt, daß der Bericht der Gendarmerie den Zwischenfällen bei der Abreise der Waffenstillstandskommission in Spaa bei weitem nicht die schwerwiegende Bedeutung beilege, die General von Hammerstein ihnen zuschreibe. Im übrigen seien die Zwischenfälle im höchsten Grade bedauerlich und künftig werde für wirksamere Ordnungsmaßnahmen Sorge getragen werden.

Auch ein Beitrag zur Schuldfrage.

Versailles, 5. Juli. Marschall Joffre erschien gestern nachmittag vor dem parlamentarischen Ausschuß, der eine Enquete über die Verteidigung des Verdun von Brien veranstaltet. Der Marschall verlas ein Schriftstück, in dem er die militärischen Vorbereitungen, die zu Beginn des Krieges und vor dem Kriege getroffen wurden, des näheren auseinandersetzt. Bemerkenswert ist, daß Joffre erklärte, die Beteiligung Englands am Kriege sei vorauszusehen gewesen. Es habe eine Militärkonvention mit England bestanden, von der aber nicht gesprochen werden durfte, da sie geheimen Charakter hatte. Frankreich habe auf sechs englische Divisionen und auf die Mitwirkung der Belgier gerechnet. Auf eine Anfrage des Abg. Violette erklärte Joffre, die französische Armee sei mit 2 300 000 Gewehren in den Krieg gezogen.

Zur Hetze gegen Deutschnationale und Alldeutsche.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die demokratische Presse mit wütenden Gebärden über die rechtsstehenden Parteien, insonderheit über die Deutschnationale Volkspartei herfällt. Diese Angriffe werden begleitet von dem Rufe: es sei heiligste Pflicht, die Einheit des Bürgertums in diesen furchtbaren Tagen unseres deutschen Volkes zu wahren. Wieviel Unwahrhaftigkeit steht doch in diesem Tun. Es sei wieder einmal in Erinnerung gerufen, daß die Demokratische Partei, den gemeinsamen Wahlkampf mit der Deutschnationalen Volkspartei ablehnte mit der Begründung, nur ein kaum wahrnehmbarer Faden trennte die Demokratische Partei von der Sozialdemokratie, so werde sie mit letzterer einen langen Weg Arm in Arm marschieren. Damit aber hat doch sie das Tischtuch zwischen Deutschnationalen und Demokraten zerschnitten und darf sich nicht wundern, wenn jene ihren eigenen Weg geht.

Zu den genannten Angriffen gibt den Demokraten besonders die Aufforderung der Deutschnationalen Partei Anlaß, die ein „agitatorisches" Ausnutzen der durch den sogenannten Versailler Frieden gegebenen Lage verlangt und sie als Vaterlandsverrat hinstellt. Dabei wird immer wieder betont, der unselige Frieden sei ein Werk der Alldeutschen, und alldeutsch, konservativ, deutschnational gleich gestellt, bis der wenig nachdenkende, leicht vergeßliche, auf Schlagworte hineinfallende Leser von der volksverderbenden Tätigkeit dieser mit dem Rainzeichen gestempelten Männer überzeugt ist. Nun frage man einmal die Leser demokratischer Blätter nach dem Begriff Alldeutsch. Die wundervollsten Antworten bekommt man, nie aber die einzig richtige, nämlich die, daß die Alldeutschen seit Jahren dafür gekämpft haben, daß unser Volk stark und wehrhaft bleibe, damit solches namenloses Elend, wie es über uns gekommen ist, vermieden werde.

So behaupten diese demokratischen Herren, dem Einfluß der Alldeutschen verdanken wir den verschärften Ubootkrieg, der wieder die Ursache des Eingreifens der Amerikaner und somit der Grund für unsere Niederlage sei. Selbst ein Mann wie Friedberg bringt es fertig, diese Ungeheuerlichkeit in der preußischen Nationalversammlung auszusprechen. Ehe diese Leute zu solchen volksverhetzenden Angriffen schreiten, sollten sie etwas in ihrem eigenen Gedächtnis nachblättern und genau studieren, was sie sagten und schrieben, als der verschärfte Ubootkrieg erklärt wurde. Vielleicht blättern sie auch einmal in den Reden und Aufsätzen sozialdemokratischer Führer oder Zeitungen nach. Sie werden dort mancherlei finden, das sie veranlassen könnte, ihre Haltung zu ändern, vorausgesetzt, daß sie der Wahrheit die Ehre zu geben gewillt sind. Hier sei nur erwähnt, was im November 1917 der „Vorwärts" schreibt: **Die Alldeutschen haben auf die auswärtige Politik des Reiches keinen ausschlaggebenden Einfluß.** Er setzt in folgenden auseinander, daß die deutsche Politik vielmehr von der Sozialdemokratie gemacht werde. Wissen diese Herren auch nicht, daß Amerika von Anfang an unser Feind war und nur auf den Augenblick zum Eingreifen wartete; der aber war gekommen, als England und Frankreich die Luft ausging. Sie sollen sich doch nur die ihnen leicht zugänglichen Bücher wirklicher Kenner der Vereinigten Staaten, z. B. Eugen Kühnemanns, ansehen. Nein, Schuld trägt nicht das Alldeutschtum, sondern die Friedensmeierei der Sozialisten und Demokraten. Man vergleiche dazu die Aeußerungen Clemenceaus und Lloyd Georges. Auch kämpften unsere Feinde nicht gegen Kaiserismus und Militarismus, wie man uns glauben machen wollte, sondern gegen das militärisch starke und im Handel wie in Industrie aufstrebende Deutschland. Das zeigen ja die Bedingungen von Versailles, die jene Blätter auch nicht veröffentlichen. Und wie verhält sich zu jener Behauptung die Auslassung des Sozialdemokraten Loebe in der Nationalversammlung am 22. Juni 1919: **Deutschland war der Entente stets verhaßt als Ursprungs- und Zukunftsland des Sozialismus.**

Wenn also die demokratische Partei die „heilige" Einheit wünscht, so muß sie einmal kritisch den Ursachen des Zusammenbruchs nachgehen, die Ziele des Alldeutschen Verbandes genau ansehen, die rechtsstehenden Parteien nicht fortgesetzt als Kriegshetzer und uferlose Annexionisten verschreien, sie nicht mit den alten Parteien kritiklos in einen Topf werfen, sondern vielmehr bei ihnen das suchen und finden, was uns Bürgerliche alle einigt und das Einigende betonen, dann aber auch den „kaum sichtbaren Faden" zu einen dicken Strick oder besser einen Stacheldrahtzaun werden lassen, da die Sozialdemokratie mit ihren radikalen Auswüchsen uns immer tiefer in Phrasendrescherei, Arbeitsunlust und Geldverschwendung hineinführt, die einen Wiederaufbau unmöglich macht, wie jeder sehen kann, der Augen hat zu sehen und sehen will.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190708-14/fragment/page=0001

Demission Lansings?

Laut „Daily News" soll der amerikanische Außenminister Lansing seine Demission als Mitglied der amerikanischen Friedenskommission eingereicht haben und soll von Wilson nach Amerika zurückberufen werden. Auch Oberst House werde allem Anschein nach nicht wieder an der Konferenz teilnehmen. Man befürchtet, daß Amerika dadurch viel an Einfluß auf die Friedensverhandlungen einbüßen wird.

Das Verfahren gegen den Kaiser.

Pichon teilte am Mittwoch dem Kammerausschuß mit, daß im Prozeß gegen Wilhelm II. Frankreich die lebenslängliche Verbannung des Kaisers beantragen werde. Die deutsche Regierung solle veranlaßt werden, die private Korrespondenz Wilhelms II. seit seiner Thronbesteigung auszuliefern. Das Privatvermögen des Kaisers und seines Hauses werde in erster Linie den Schadenersatzforderungen Frankreichs, soweit sie von Deutschland nicht gedeckt werden, zu dienen haben.

Opferwilligkeit der kaiserlichen Prinzen.

Prinz Eitel Friedrich von Preußen hat an den König von England folgendes Telegramm gerichtet:

In Ausübung selbstverständlicher Sohnes- und Offizierspflicht stelle ich mich mit meinen vier jüngeren Brüdern Eurer Majestät an Stelle meines kaiserlichen Herrn Vaters für den Fall seiner Auslieferung zur Verfügung, um ihm durch unser Opfer den entehrenden Gang zu ersparen. Im Namen der Prinzen Adalbert, August Wilhelm, Oskar und Joachim von Preußen.

Eitel Friedrich von Preußen.

Hindenburg an Foch.

Generalfeldmarschall von Hindenburg hat sich nunmehr auch in einem offenen, handschriftlichen Brief an den Marschall Foch anstelle des Kaisers zur Verfügung gestellt und seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß jeder andere Offizier der alten Armee bereit sei, ein Gleiches zu tun. Im Namen der alten Armee bittet Hindenburg den Marschall, dafür einzutreten, daß von der Forderung der Auslieferung des Kaisers Abstand genommen wird.

Ein „Schauspiel".

„Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London, es sei bezeichnend, daß die Stelle in Lloyd Georges Rede, die von der Aburteilung des Deutschen Kaisers in London handele, den größten Beifall gefunden habe. Die öffentliche Meinung in England scheine darin einig zu sein, daß nicht Westminster Hall, sondern der Kriminalgerichtshof Old Baily (Also der Gerichtshof für Schwerverbrecher. D. Red.) für die Verhandlung gegen den Kaiser in Betracht komme. Die Beliebtheit Lloyd Georges bei der großen Masse werde bestimmt dadurch wachsen, daß er bereit sei, dem englischen Volke dieses einzigartige Schauspiel zu bereiten. Die Niederlande müßten sich auf einen leidenschaftlichen Ausbruch von Unwillen und Entrüstung beim englischen Volk gefaßt machen, wenn sie versuchen wollten, dieses Schauspiel zu verhindern.

Laut „Times" gehe die vorherrschende Ansicht dahin, daß die Strafe der Tod oder die lebenslängliche Verbannung sein müsse. Wie „Daily News" melden, hoffe man, trotzdem noch der eine der Richter aus Japan kommen müsse, daß es möglich sein werde, das Untersuchungsverfahren im August zu eröffnen.

Nur, wenn ein gerechtes Urteil verbürgt . . .

„Nieuws van den Dag" schreibt in einem Leitartikel, der Kaiser würde nur an einen Gerichtshof ausgeliefert werden, der eine unparteiische Untersuchung und ein gerechtes Urteil verbürge. Unter den jetzigen Umständen jedoch könnten die Niederlande auf das Ersuchen um Auslieferung des Kaisers, auch wenn es von 22 Mächten erfolge, nur eine Antwort geben: „Nein."

„Wie dem „Vorwärts" „von informierter Seite" mitgeteilt wird, glaubt man in holländischen diplomatischen Kreisen, daß die Entente die Auslieferungsfrage mit einer ablehnenden Antwort Hollands als erledigt ansehen werde. Sollte aber Holland dem Völkerbunde beitreten und dieser die Auslieferung wünschen, so müßte sich Holland natürlich fügen.

Die Haltung Amerikas.

Laut „Telegraaf" hätten die amerikanischen Delegierten ihre Zustimmung zu dem Prozeß gegen den Kaiser gegeben unter der Voraussetzung, daß er in London stattfindet, daß ein geordnetes Gerichtsverfahren gewährleistet ist, und daß ein Todesurteil ausgesprochen wird.

Auszuliefernde Marineoffiziere.

Die britische Admiralität hat laut „Times" eine Liste von 71 deutschen Marine- und anderen Offizieren, darunter vielen U-Bootskommandanten, eingereicht, die besonders barbarischer Taten beschuldigt werden. Einige von diesen Personen befinden sich in den Händen der Engländer. Alle alliierten Regierungen haben eine eigene Liste von auszuliefernden Personen aufgestellt. Die vollständige Liste soll der deutschen Regierung innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten des Friedensvertrages mitgeteilt werden.

Der Streik der Eisenbahner.

Beendigung des Frankfurter Streiks!

Frankfurt a. M., 6. Juli. Der Eisenbahnerstreik ist heute abgebrochen worden. Der Betrieb ist Sonntag abend 10 Uhr auf allen Strecken wiederaufgenommen worden. Ein entsprechender Beschluß der Vertrauensleute wurde von einer Versammlung der Streikenden am Sonntagnachmittag gutgeheißen. Die Redner in den Versammlungen erklärten, beharren die Arbeiter auf den Forderungen, insbesondere auf der Durchführung des Rätesystems im innern Betrieb der Eisenbahn. Sie haben sich aber bereit erklärt, mit dem Minister Oeser über diese Punkte zu verhandeln. Weiter wurde erklärt, daß die Arbeiter entschlossen seien, ihre Forderungen eventuell mit einer neuen Aktion, die sich über das ganze Reich erstrecken soll, durchzusetzen. Die Arbeiter lehnen es ab, in Zukunft mit der Beamtenschaft gemeinsam vorzugehen, da die Beamten ihnen bei dem jetzt abgebrochenen Streik in den Rücken gefallen seien.

Wiederaufnahme des Verkehrs.

Frankfurt a. M., 7. Juli. Sonntag abend um 10 Uhr hatte die Streikleitung die sämtlichen Linien freigegeben. Die Arbeiter und Beamten werden erst heute von dem Beschlusse der Streikleitung Kenntnis erhalten. Immerhin konnten schon im Laufe der Nacht eine ganze Reihe von Zügen abgelassen werden. Der fahrplanmäßige Verkehr wird erst heute vormittag erfolgen können.

Wegen des unerhörten Terrors, mit dem die Streikenden zum großen Teil allen, verdienten Beamten entgegengetreten sind, hat der Eisenbahnpräsident in Frankfurt die von der Streikleitung erbetene Zulage, daß jede Maßregelung der Streikenden, insbesondere der Streikposten, unterbleibe, nicht erteilen können.

Darmstadt, 6. Juli. Die hiesigen Eisenbahner beschlossen, heute nachmittag die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

In Hannover.

Im Bezirk Hannover sind am Sonnabend sämtliche Eisenbahnarbeiter in den Ausstand getreten. Der Betrieb wird notdürftig unter großer Einschränkung aufrechterhalten. Die Beamten lehnen den Ausstand ab. In Lehrte und auf dem Rangierbahnhof Seelze sind die Bahnanlagen durch die Streikenden beschädigt worden. Da die Strecke über Lehrte gesperrt ist, werden die Berliner Züge über Oebisfelde—Braunschweig—Hildesheim geleitet.

Nach einer späteren Meldung wurde am Sonntagvormittag in einer von etwa 6000 Personen besuchten Versammlung eine Entschließung angenommen, nach der am Montag abend 7 Uhr Verhandlungen angekündigt werden sollen.

In den übrigen Streikgebieten.

Im Eisenbahndirektionsbezirk Altona wird in Stendal gestreikt. In Wittenberge, wo die Werkstatt schon immer sehr radikal war, sind die Arbeiter in den Streik eingetreten. Es werden keine Züge, auch keine Lebensmittelzüge mehr durchgelassen. Nach Mitteilung des Präsidenten in Altona hat die Streikleitung offiziell beschlossen, von Sonntag früh 6 Uhr ab keine Lebensmittelzüge mehr durchzulassen. Die Beamten beteiligten sich am Streik nicht. In Hamburg selbst haben sich die ordnungsmäßigen Beamten- und Arbeiterverteilungen bisher gegen den Streik ausgesprochen. Es wird jedoch befürchtet, daß die Arbeiterschaft ihren Delegierten nicht folgt.

Die Züge Hamburg — Berlin verkehren nur bis Ludwigslust. Laut „Braunschw. N. N." hat die Eisenbahnerbewegung auch auf die Bezirke der Betriebsräte Braunschweig 1 und 2 übergegriffen, sodaß auch hier mit einem Ausstand der Arbeiter zu rechnen ist. Die Beamten werden sich nicht anschließen. In Hildesheim wird bereits gestreikt. Wie aus Mainz gemeldet wird, ist jeder Zugverkehr nach Süddeutschland lahmgelegt. Die Bezirke Magdeburg und Elberfeld sind ruhig. Die Breslauer Eisenbahner sprachen sich mit großer Mehrheit gegen eine Erneuerung des Streiks aus.

Der Bahnhof Wittenberge von Regierungstruppen besetzt

In Wittenberge haben Regierungstruppen den Bahnhof besetzt und den Verkehr der Lebensmittelzüge wieder in Betrieb genommen. Es war hauptsächlich eine größere Anzahl Lebensmittelzüge nach Berlin auf der Strecke liegen geblieben, so daß die Lebensmittelversorgung Berlins dadurch in große Gefahr gekommen wäre. Die Eisenbahnarbeiter streiken weiter.

Die ungarischen Gelder der Kommunisten.

Bei der Beschlagnahme verschiedener anläßlich des letzten Eisenbahnerstreiks in Berlin verbreiteter Plakate kamen der Polizei auch Papiere in die Hände, die einen Ueberblick über die Ausgaben bieten, die die Kommunisten für ihre Propagandazwecke hatten. So betrug der Posten für ein Plakat 180 000 Mk., für ein anderes Plakat unter dem Namen „Was der Spartakus will" 235 000 Mark. Ferner wurden Belege dafür gefunden, daß aus Ungarn 600 000 Mk. bereitgestellt worden sind, um Stimmung für den Streik zu machen. Diese tatsächlichen in den Händen der Regierung befindlichen Belege strafen die Aeußerungen Dänuigs im Berliner Vollzugsrat Lügen, der erklärt hat, daß keinerlei Gelder aus Ungarn gekommen seien.

Die Einigung im Berliner Straßenbahnerstreik gescheitert

Die Verhandlungen vor dem Vollzugsausschuß wegen des Berliner Straßenbahnerstreiks sind auf einem toten Punkt angelangt, so daß der Streik weiter dauert. In der Vollversammlung der Groß-Berliner-Arbeiterräte wurde mitgeteilt, daß die Vertreter der Arbeitgeber einen sehr herrischen Standpunkt eingenommen hätten und daß auch die Regierung zugunsten der Arbeitgeber eingegriffen habe. Demgegenüber wird von anderer Seite festgestellt, daß gerade die Arbeitgeber sich dem Schiedsgericht des Hauptausschusses fügen wollten, dagegen die Arbeitnehmer es abgelehnt haben, sich unbedingt dem Urteilsspruch zu unterwerfen.

Die Eisenbahndirektion Berlin beabsichtigt, den Ringbahnverkehr am morgigen Dienstag wieder aufzunehmen. Der Stadtbahnverkehr ruht vorläufig noch.

Neue Verhaftung im Fall Emonts.

Der Bankbeamtenagitator Emonts ist noch nicht wieder ergriffen worden. Dagegen wurde die Braut Emonts verhaftet. Sie ist die Tochter eines höheren Offiziers. Aus dem Briefwechsel ging hervor, daß sie an dem hochverräterischen Treiben Emonts beteiligt war.

* * *

Die Besetzung Hamburgs.

Freitag hat die Reichswehrbrigade Nr. 4 den Hamburger Freihafen besetzt und damit die vollständige Besetzung Hamburgs vollendet. Bei den Aufräumungsarbeiten im Justizgebäude wurde festgestellt, daß das Aktenmaterial fast vollständig fehlt. In den Kassen der Staatsanwaltschaft beläuft sich der Schaden an Sparkassenbüchern und barem Gelde auf fast eine Viertelmillion Mark. Ferner sind Mäntel, Kleidungsstücke und andere Sachen von nicht abschätzbarem Wert gestohlen worden. Außerdem ist festgestellt worden, daß sämtliche Stempel und Aktenformulare gestohlen worden sind. Zwei Fälschungen, die mit diesen gestohlenen Sachen hergestellt waren, sind bereits aufgedeckt worden. Von den gewaltsam befreiten Insassen des Untersuchungsgefängnisses fehlen noch 378 Personen, darunter 80 Schwerverbrecher.

Zweitausendfünfhundert Verhaftungen in Dortmund.

Wegen Beteiligung an Plünderungen sind in Dortmund rund 2 500 Verhaftungen vorgenommen worden. Die Kommunisten heben zum Bergarbeiterstreik, wenn die Truppen nicht abrücken. Die aus dem Gefängnis in Hamm befreiten Schwerverbrecher konnten bei ihrer Ankunft in Dortmund wiederfestgenommen werden. Die Werke haben die Arbeit wieder aufgenommen.

In Oberhausen

kam es am Sonnabend zu schweren Ausschreitungen und Plünderungen am Wochenmarkt. Einem Soldaten entriß man aus seinem Leibgurt eine Handgranate, durch deren Explosion ein Schaufenster zertrümmert wurde. Nunmehr machte die Wachmannschaft von ihrer Waffe Gebrauch. Dadurch wurden durch Handgranaten und Gewehrschüsse 10 Personen schwer und 22 leicht verletzt.

Plünderungen in Cöthen.

In Cöthen kam es am Freitag nachmittag zu schweren Ausschreitungen. Eine große Menschenmenge verlangte vom Magistrat Lebensmittel. Der Oberbürgermeister und Vertreter der Stadtverwaltung versuchten vergebens die Menge zu beruhigen. Diese zogen durch die Straßen, plünderten mehrere Geschäfte vollständig aus. Die Ausschreitungen wiederholten sich im Laufe des Abends und der Nacht. Später konnte die Polizei weiteren Ausschreitungen wehren. Das Erdgeschoß des „Hotel zur Weintraube" wurde vollständig zerstört. Da Wiederholungen befürchtet werden, wurde eine Arbeiterwehr organisiert. Der Magistrat gibt sich größte Mühe, die Lebensmittelversorgung zu verbessern. In einer Zigarren-Fabrik wurden 275 Ztr. Reis beschlagnahmt, der unter Gewährung eines Preiszuschusses von der Stadt zu billigen Preisen rationiert und an die Bevölkerung abgegeben werden soll.

Lebensmittelunruhen in Paderborn.

In Paderborn kam es am Sonnabend auf dem Wochenmarkt zu scharfem Vorgehen der Menge gegen die Verkäufer, die gezwungen wurden, die Ware zu den Höchstpreisen abzugeben. Auch in verschiedenen Geschäftshäusern wurden die Waren unter Aufsicht von Volksbeauftragten zu herabgesetzten Preisen verkauft. Die Kundgebungen dauerten bis in die Abendstunden. Das große Proviantamt war militärisch gegen Plünderungen geschützt. Ueber Paderborn wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt, ebenso über Detmhausen, wo ähnliche Unruhen ausgebrochen sind.

Stillegung infolge Kohlenmangels.

Berlin, 6. Juni. Die dem Siemens-Konzern angehörige Firma Gebrüder Siemens und Compagnie in Berlin-Lichtenberg legte infolge Kokenmangels ihren Betrieb still und kündigte ihrer ganzen Belegschaft, bestehend auf 1500 Arbeitern und Arbeiterinnen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

* * *

Die Teuerungsunruhen in Italien.

Die revolutionäre Bewegung wegen der Lebensmittelteuerung greift in ganz Mittelitalien immer mehr um sich und nimmt einen ausgesprochenen Sowjet-Charakter an. In verschiedenen Orten bildeten sich Arbeiterausschüsse, die eine Requisition der Lebensmittel nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem flachen Lande durchführen. In Florenz dauerten die Plünderungen auch am Freitag an. Polizei und Militär griff ein, und es gab Tot- und Verwundete. Die offiziellen als auch die reformistischen Sozialisten billigen diese Agitation. Der „Avanti" kündigt an, daß die sozialistische Parteileitung baldigst zusammentreten werde, um entscheidende Beschlüsse zu fassen. Der Aufruf sagt, daß der gegenwärtige Augenblick die Ereignisse in Italien ihrer verhängnisvollen Lösung zutreibt.

Räteherrschaft in Florenz.

Nach dem „Avanti" ist die Arbeiterschaft Herrin der Stadt Florenz. Sämtliche von der Menge mit Gewalt beschlagnahmten Lebensmittel werden zu den von der Arbeitskammer festgesetzten Preisen abgegeben. Bei den Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht wurde in die Luft geschossen. Die Kavallerie weigert sich, gegen die Menge anzureiten. Die vielen neuentstandenen örtlichen Sowjets zur Regelung der Lebensmittelversorgung sind der Schwierigkeiten Herr geworden und haben sich überall durchgesetzt.

„Republik Polen".

Oppeln, 5. Juli. (T. U.) Nach einer Meldung des polnischen Blattes „Rapozok" hat die Verfassungskommission des polnischen Landtages sich endgültig für die republikanische Staatsform entschieden. In der Verfassungskommission wurde die Teilnahme am Völkerbund abgelehnt.

Rücktritt der tschechischen Regierung.

Prag, 5. Juli. „Prawo Lidu" meldet, daß gestern nach Eintreffen der Nachricht von der telegraphisch gegebenen Demission des Ministerpräsidenten Kramarsch die Gesamtregierung zurückgetreten ist. Gesandter Tusar wurde von Präsidenten Masaryk mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

Aus Stadt und Umgebung

Was gibt es an Lebensmitteln?

Kirschenverkauf.

Die Fortsetzung des städtischen Kirschenverkaufs findet am Dienstag, den 8. Juli statt. Näheres siehe Inserat.

Brotmarkenausgabe.

Die Ausgabe der Brotmarken findet im alten Rathaus, Burgstraße 1, vom Dienstag, den 8. bis Donnerstag, den 10. Juli statt. Die Reihenfolge ist im Anzeigenteil bekanntgemacht. Von Freitag, den 10. Juli ab findet die Ausgabe der Krankenbrotmarken statt.

Kohlenbezugsscheine.

Vom Dienstag, den 8. bis Montag, den 14. Juli gelangen in der städtischen Kohlenstelle die neuen roten Kohlenbezugsscheine zur Ausgabe, dieselben gelangen nur an diejenigen Haushaltungen zur Ausgabe, die in diesem Jahre gar keine oder weniger als 25 Ztr. Brennstoffe erhalten haben. Die Ausgabe erfolgt straßenweise. Näheres im Anzeigenteil.

Verkürzung der Gassperrzeiten.

Da das Gaswerk etwas reichlicher mit Kohlen beliefert worden ist, ist es nunmehr möglich, die Gassperrzeiten etwas einzuschränken.

Die Gaslieferung erfolgt von jetzt ab von 5 Uhr früh bis 2 Uhr mittags und von 7—11 Uhr abends. Sollte jedoch die Kohlenbelieferung nachlassen, müßten die bisherigen Sperrstunden wieder in Kraft treten.

Löhnungsanträge von Kriegsgefangenen.

Anträge auf Bewilligung von Gehalts- und Löhnungsteilen für die in feindliche Kriegsgefangenschaft geratenen oder vermißten deutschen Heeresangehörigen sind, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nicht dem Kriegsministerium vorzulegen, sondern den betreffenden Truppenteilen. Sind diese nicht bekannt, so haben die Antragsteller ihre Gesuche an die zuständigen Generalkommandos zu senden, die sie an die in Frage kommenden Truppenteile unverzüglich weiterleiten oder für ihre unmittelbare Erledigung selbst Sorge tragen werden. Die Vorlage beim Kriegsministerium führt lediglich zu erheblichen Verzögerungen, unter denen die Antragsteller selbst zu leiden haben.

Erhöhung von Postgebühren.

Vom 10. Juli ab wird eine Anzahl von Postgebühren erhöht, wie eine Bekanntmachung des Reichspostministers bestimmt. Die Eilbestellung von Briefsendungen, Postanweisungen, Wertbriefen, Ablieferungsscheinen und Postkarten wird im Ortsbestellbezirke 50 Pfg. (statt 25), im Landbestellbezirke 100 Pfg. (60), von Paketen 75 und 150 kosten. Die Gebühr für Bestellung von Paketen bis 5 Kilogramm wird 30, für schwerere 40 Pfg. betragen. Desgleichen sind erhöht die Gebühren für die Bestellung von Wertsendungen und für das Abtragen der Postanweisungen. Vom 1. Oktober ab werden auch für das Abtragen der Zeitungen und Zeitschriften höhere Gebühren erhoben werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190708-14/fragment/page=0002

Unkrautbekämpfung.

Ueber die Bekämpfung des Unkrauts durch die üblichen Maßregeln des landwirtschaftlichen Betriebes hat das Reichsernährungsministerium ein Flugblatt herausgegeben. Es ist durch die Reichsrichtstelle Abteilung des Ministeriums (BerlinW. 8, Wahrenstraße 57) zu beziehen.

Die vorzeitige Auszahlung der Beamtengehälter

seitens des Reiches und verschiedener Bundesstaaten hat Anlaß zu den unhaltbaren Gerüchten gegeben. Demgegenüber sei festgestellt, daß diese Maßnahme lediglich deshalb erfolgte, weil es angesichts der Unsicherheit, welche über das Verhalten der Gegner bei etwaiger Nichtunterzeichnung des Friedens bestand und angesichts der etwa zu erwartenden Verkehrsstörungen nicht sicher war, daß den betreffenden Kassen zum 1. Juli, dem gewöhnlichen Zahltage, rechtzeitig die erforderlichen Gelder zugeleitet werden können. Außerdem wurde auch der Zweck verfolgt, die im Halbjahresschluß erheblich gesteigerte Kassentätigkeit zu entlasten.

Tivoli-Theater.

Am Dienstag geht zum ersten Male Walter Kollos neueste Operette „Die tolle Komteß", welche sich durch ihren Melodienreichtum und humorvollen Dialog überall größter Beliebtheit erfreut, in Szene. Infolge Erkrankung von Frl. Mojer konnte die Erstaufführung am gestrigen Sonntag nicht stattfinden. Dafür ging unter großem Beifall der lustige Schwank: „Wo die Liebe hinfällt" in Szene. Am Donnerstag findet ein literarischer Schauspielabend statt. Zur Aufführung kommt Hebbels bürgerliches Trauerspiel „Maria Magdalena".

Aus Provinz und Reich

Aus der Stadtverordnetensitzung.

Weißenfels, 5. Juli. In der Stadtverordnetenversammlung wurden die neugewählten sechs Stadträte, unter denen sich 4 Sozialdemokraten und 2 Bürgerliche befinden, in ihre Aemter eingewiesen. Die Versammlung wählte Stadtbaumeister Diplom-Ing. Förster in Hamm i. W. zum Stadtbaurat. Dem Magistrat wird ein Gesuch des Ausschusses für die Volkshochschule befürwortend überreicht, diese in die Verwaltung der Stadt zu übernehmen. Stadtrat Obereich ist zum Bürgermeister in Tellow gewählt worden. An seine Stelle soll ein besoldeter Stadtrat mit einem von 6500 bis 8000 Mk. steigenden Gehalt berufen werden.

Bürokratismus als Ehestifter.

Naumburg, 5. Juli. Im hiesigen Tageblatt findet sich folgende Anzeige: Dank dem hl. Bürokratius steht mir auf L.-M.-Marke 76 eine halbe Dose kondens. Milch zur Verfügung. Da selbe nicht zu teilen ist, suche ich Partnerin für Karte 76, die ich zum Danke vom Fleck weg heirate. Ed. Pasquale. Gr. Neustr. 59.

Fortbildungsschulpflicht für Dienstmädchen.

Leipzig, 3. Juli. Einem Beschluß der Stadtverordneten folgend, hat der Rat der Stadt Leipzig für Haustöchter und Dienstmädchen die dreijährige Fortbildungsschulpflicht eingeführt.

Sicherungsmaßnahmen auf dem Hauptbahnhof.

Leipzig, 4. Juli. Auf dem Hauptbahnhof sind verschiedene Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Die Ausgänge von der Ost- bezw. Westseite des Bahnhofs bleiben für einige Zeit gesperrt, und am Haupteingang befinden sich militärische Kontrollposten. Der Zutritt ist nur gegen Vorzeigung einer Fahrkarte gestattet. Zur weiteren Sicherheit des Bahnbetriebes sind die Treppenaufgänge und und Bahnsteige 1—6 mit Stacheldraht abgesperrt. Auch das Hotel „Der Kaiserhof", der Sitz des Befehlshabers Leipzigs, ist durch Stacheldraht gesichert worden.

Die Theaterfrage in Magdeburg.

Magdeburg, 7. Juli. Seit Monaten wurde in der Stadtverwaltung über die Verlängerung der Spielzeit des Stadttheaters auf 10 Monate und die Uebernahme in städtische Regie verhandelt. Es ergab sich bei der Verabredung aber, daß infolge der außerordentlich hohen Gagenforderungen der Künstler, vor allem aber auch des Chors und Ballets der Zuschuß für eine 10monatliche Spielzeit auf 750 000 Mark steigen würde. Man entschloß sich daher zeitl, wieder zur 8monatlichen Spielzeit zurückzukehren. Auch sie erfordert statt der 150 000 Mk. Zuschuß, die der Haushaltsplan vorsah, 375 000 Mark. Und auch das ist nur möglich, weil das Theater weit mehr als bisher an Abonnenten vergeben werden soll. Es haben sich davon statt 4000 rund 8000 gemeldet.

Was Straßenbauten jetzt kosten.

Magdeburg, 7. Juli. Als Notstandsarbeiten wurden in Magdeburg zwei Straßen ausgebaut. Angeschlagen waren diese Arbeiten mit 1 100 000 Mk., kosten wird sie 3 600 000 oder 2½ Millionen Mark mehr. Zwar wird Staat und Reich einen Zuschuß leisten, aber die Notstandsarbeiten werden trotzdem bei solchen Preisen fast unmöglich. Auch die regelmäßige Unterhaltung der Straßen, vor acht Wochen erst veranschlagt, wird jetzt bereits das Doppelte kosten, die Stadt soll 250 000 Mk. nachbewilligen.

Flugmotenpunkt Magdeburg.

Magdeburg, 4. Juli. Die Stadt Magdeburg wird sich nunmehr als besonderer Flugmotenpunkt entwickeln. Sie hat beschlossen, auf dem Krakauer Anger eine eigene Flugzeugstelle zu errichten und einen entsprechenden Vertrag mit dem bekannten Schwandt abzuschließen. Es wird eine eigene Flugzeughalle geschaffen und mit eigenen Flugzeugen von Magdeburg aus der Dienst aufgenommen. Auch soll die bereits bestehende Linie von Berlin über Braunschweig nach dem Westen künftig über Magdeburg geführt werden.

Neue Krankenhäuser in Magdeburg.

Während sehr umfangreiche, seit langem geplante Krankenhausbauten zurzeit nicht ausgeführt werden können, sollen jetzt Behelfsanlagen geschaffen werden. Vor allem erhalten die Altstädtischen Krankenanstalten einen Zuwachs von 180 Betten durch Errichtung einer selbständigen Abteilung für Geschlechtskrankheiten, die unschwer in einer ziemlich gegenüber gelegenen großen Schule, die entsprechend umgebaut wird, untergebracht wird. Die Kosten betragen rund 500 000 Mk. Auch die geburtshilfliche Abteilung in der Krankenanstalt Sudenburg wird erweitert durch Verwendung leerstehender Baracken.

Ein Denkmal für August Trinius.

Eisenach, 6. Juli. Wie die Stadt Walterhausen dem Thüringer Wandermann August Trinius auf Schloß Tenneberg einen Gedenkstein errichten will, so ist auch im Thüringer Wanderverein der Gedanke angeregt worden, dem Verstorbenen an geeigneter Stelle des Rennsteiges, dem er so viele Teilnahme geschenkt hat, ein Denkmal aus festem widerstandsfähigen Stoff aufzuführen.

Aussetzung des Unterrichts infolge Kälte.

Brotterode, 3. Juli. Seit einigen Tagen muß der Unterricht in der hiesigen Schule ausgesetzt werden, da die Temperatur in den Klassenräumen am Freitag, 13, am Sonnabend 12 und am Montag nur 9 Grad Celsius betrug. Temperaturen also, bei denen ein Unterricht nicht möglich ist und bei denen die zum Teil schlecht gekleideten und meist unterernährten Kinder schweren Krankheiten ausgesetzt werden. Die amtliche Vorschrift verlangt 14—17 Grad Celsius als Zimmertemperatur. Der Schulleiter mechte der Gemeindeverwaltung entsprechende Mitteilung.

Eine verfehlte Maßnahme.

Halberstadt, 4. Juli. Der hiesige Arbeiterrat hielt in der Markthalle sämtliche auswärtigen Kirschenhändler, die Kirschen zum Verkauf anboten, an, das Pfund mit 1 Mk. an die Kleinhändler abzugeben, die ihrerseits wiederum 1,10 Mk. nehmen konnten. Die Folge dieses eigenmächtigen Vorgehens war, daß heute in der ganzen Stadt nicht eine einzige Kirsche zu haben ist, während noch vor zwei Tagen Kirschen für 2 Mk. das Pfund im Ueberfluß zu haben waren.

Sommerschnee auf dem Brocken.

Brocken, 3. Juli. An die letzten Junitage auf dem Brocken wird wohl jeder Bewohner und Besucher denken. All die Tage heute der Wettersturm bis zu 18 Sekundenmetern, der Nebel wogte, das Thermometer fiel unter den Gefrierpunkt; Sonnabend früh hatte sich ein Millimeter Rauhreif gebildet, an der Sonntag-Nacht fielen über 20 Millimeter Regen und Montag früh — hoddelte ein weißes Leichentuch den Brockengipfel, eine zusammenhängende Schneedecke von 1 Millimeter Höhe.

Raubanfall.

Thale, 6. Juli. Freitag mittag sind die Buchhalterinen Geschwister Margarete und Gertrud Bittner aus Berlin, sowie die Putzmacherin Anna Kupfermann aus Magdeburg, auf dem Wege von Steckelenberg nach Thale, etwa 2 Kilometer von Steckelenberg entfernt im Walde von einem Strolch mit vorgehaltenem Revolver überfallen und beraubt worden. Was die Damen in ihrer Angst nicht freiwillig hergaben, entriß er ihnen. Er erbeutete mehrere hundert Mark Geld, zwei goldene Uhren usw.

Jagdverpachtung.

Weimar, 3. Juli. Zu der in vergangener Woche anberaumten Verpachtung der hiesigen Gemeindejagd hatten sich nicht soviel Pachtlustige eingefunden, wie man wohl erwartet hatte. Das Bieten blieb daher lediglich auf hiesige Bewerber beschränkt; dennoch entwickelte sich ein lebhaftes Geschäft, so daß der Pachtpreis der etwa 700 Morgen umfassenden Jagd auf 1400 Mk. rund anstieg. Bestbietender blieb ein hiesiger Landwirt; doch blieb der Zuschlag noch vorbehalten.

Der neue Eisenbahnpräsident.

Erfurt, 3. Juli. Zum Präsidenten der Eisenbahndirektion Erfurt wurde der Oberregierungsrat Wilhelm aus dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten ernannt.

1700 Eier beschlagnahmt.

Holzdorf (Schweinitz), 3. Juli. Dieser Tage gelang es der Aufsichtsbehörde, auf hiesigem Bahnhof bei einem Händler, dem die Handelserlaubnis entzogen ist, nicht weniger als 1700 Eier zu beschlagnahmen. Die Eier sollen an bedürftige Einwohner von Holzdorf und Schweinitz zu je 6 Stück zum Nichtpreise von 60 Pfg. das Stück abgegeben werden.

Aus dem Magistrat.

Sangerhausen, 3. Juli. Der Erste Bürgermeister Moritz Knobloch tritt nach 37jährigem Wirken im Dienste der Stadt Sangerhausen in den Ruhestand. An seine Stelle ist der Mehrheitssozialist Gründlich. — Zu unbesoldeten Magistratsmitgliedern worden gewählt: 1 Deutschnationaler, 1 Demokrat, 1 Mehrheitssozialist und 3 Unabhängige.

Ein unmenschlicher Vater.

Ilmenau, 5. Juli. Ein erst vor kurzem in Henda zugezogener Tischler sperrte seinen Sohn tagelang in eine Kammer, ohne ihm Nahrung zu verabreichen, und mißhandelte ihn durch Schläge und Fußtritte derart, daß die Nachbarn auf das Geschrei des Kindes zusammenliefen. Am vorigen Montag ist das Kind gestorben. Ob ein Verbrechen vorliegt, muß erst noch näher festgestellt werden.

Turnen, Spiel und Sport

Leichtathletik. — Nationale Veranstaltung in Erfurt. Als hiesige Teilnehmer hatte VfB. Hohenzollern seine Leichtathleten gemeldet. Eine hervorragende Leistung konnte die Staffetten-Mannschaft für 3 mal 1000 Meter buchen. Sie ging als „Erste" in der sehr guten Zeit von 8.59 Min. vor Charl. T. G. und Sport-Club Erfurt durchs Ziel. Unseren herzlichsten Glückwunsch!

Fußball. — Am Mittwoch um ¼7 Uhr abends treffen sich auf dem Nulandsplatze im Uebungsspiel die erste und zweite Hohenzollern-Mannschaft. In der letzten Versammlung war bekanntlich vom Spielausschuß der Antrag betreffs der Uebungsspiele der einzelnen Mannschaften eingebracht und genehmigt worden. Am kommenden Mittwoch soll nun das erste Uebungsspiel stattfinden, und zwar wird mit dem Spiel der ersten Mannschaft gegen die zweite begonnen, um dann in den nächsten Wochen mit den anderen Mannschaften die Uebungsspiele auszutragen. Damit nun ein ausgeglichener Spielverlauf gewährleistet wird, sind die Mannschaften vom Spielausschuß so aufgestellt worden, daß die beiden Stürmerreihen gewechselt haben, und also gegen ihre eigene Hintermannschaften spielen. Wir können auch den Besuch dieser Uebungsspiele allen Rasensportfreunden nur empfehlen, da es sicherlich guten Sport geben wird. Als Trainingsvorsteher werden bei diesen Uebungsspielen die Herren Rampstad und Eisenhut zugegen sein.

Sportfest in Halle. — Zum ersten Male fand gestern auch in Halle auf dem Olympiapark ein großzügiges Sportfest des Hallischen Ausschusses für Leibesübungen statt. Die Veranstaltung war von ungefähr 5—6000 Personen besucht. Radrennen, Turnen und leichtathletische Uebungen wechselten in bunter Reihenfolge und fanden lebhaftes Interesse bei den Zuschauern. Das größte Interesse erweckte das Städte-Fußballspiel Leipzig—Halle. Die Mannschaften lieferten ein gutes Spiel, das Halle mit 2:1 gewinnen konnte.

Wettervoraussage

Dienstag, den 8. Juli. Bei westlichem Winde wolkig, mäßig warm, nirgends nennenswerte Niederschläge.

Letzte Depeschen

Mündliche Verhandlung in Versailles.

Rotterdam, 7. Juli. (Eig. Drahtber.). Nach einer Pariser Meldung finden heute in Versailles die ersten mündlichen Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten statt. Verhandelt wird über das Abkommen betreffend die besetzten Rheinlande, das die Deutschen gleichzeitig mit dem Friedensvertrag ratifizieren sollen. Die Deutschen erklärten, nicht zu verstehen, auf welche Weise die Bedingungen des Rheinvertrages auszuführen seien, und verlangten eine schleunige mündliche Regelung, die von dem Rat der Fünf auch zugestanden wurde.

Widerstand gegen eine gerichtliche Aburteilung des Kaisers.

Amsterdam, 7. Juli. (Eig. Drahtber.). „Telegraaf" meldet aus Paris, daß der Teil von Lloyd Georges Rede, der auf den Prozeß gegen den ehemaligen Kaiser Bezug hat, in gut eingeweihten französischen Kreisen Befremden erregt hat, da dort die Meinung vorherrschte, daß dem Friedensantrag zufolge die Anklage gegen den Kaiser ausschließlich moralische und politische Bedeutung habe. In amerikanischen Kreisen haben Lloyd Georges Aeußerungen noch größeres Befremden erregt. Telegramme aus Washington melden, daß man in amerikanischen Kreise nichts von dem Abkommen wisse, von dem Lloyd George sprach. Lloyd George sagte in seiner Rede: Die alliierten Nationen haben durchaus einstimmig beschlossen, daß der Gerichtshof der Alliierten gemeinsam sein und in London tagen wird, um über die Person, die an allererster Stelle für diesen Konflikt verantwortlich ist, zu Gericht zu sitzen. Lansing, der noch in Paris ist, hat erklärt, daß er nichts von diesem Abkommen gehört habe, daß ein Ersuchen um Auslieferung des Kaisers eine gerichtliche Verhandlung gegen ihn bezweckt. Er fügte hinzu, er könne nicht glauben, daß Wilson ein solches Abkommen getroffen haben könnte, ohne ihn davon in Kenntnis zu setzen.

Die Ostfragen in Weimar.

Berlin, 7. Juli. (Eig. Drahtber.). Zu Berlin und in Weimar finden in den nächsten Tagen wichtige Beratungen statt, die der Regelung der Ostfragen gelten. Auf morgen ist eine Sitzung des preußischen Staatsministeriums anberaumt, die sich ausschließlich mit den zur Durchführung des Friedensvertrags erforderlichen Maßnahmen im Osten befassen soll. Tatsächlich handelt es sich dabei um die termingemäße Räumung der abzutretenden Gebiete. Es wird alles geschehen, um eine genaue Durchführung der Vertragsbestimmungen zu gewährleisten. Ueber Oberschlesien werden die am Sonnabend unterbrochenen Verhandlungen am Mittwoch in Weimar fortgesetzt werden. Zu diesem Zweck werden sich der preußische Ministerpräsident, der Minister des Innern und der Breslauer Oberpräsident nach Weimar begeben. Die Unstimmigkeiten, die sich in dieser Frage zwischen dem Reichskabinett und der preußischen Regierung ergeben haben, sind noch nicht beseitigt. Das preußische Staatsministerium hält an dem Standpunkt fest, daß es Oberschlesien eine beschränkte Autonomie gewähren wolle, aber eine selbständige Republik unbedingt ablehnen müsse. Vor der Abreise nach Weimar wird Ministerpräsident Hirsch noch Besprechungen mit den Führern der preußischen Fraktionen abhalten.

Befehl an die Besatzung Thorns.

Thorn, 7. Juli. Der Gouverneur der Festung Thorn hat an sämtliche Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des Thorner Bezirks einen Befehl erlassen; in dem es u. a. heißt:

Das Gesamtinteresse des Vaterlandes fordert in erster Linie von uns Soldaten Einsagung. Die gewaltsame Erfüllung unserer Wünsche in jetziger Zeit ohne Führer, ohne einheitlichen Volkswillen bedeutet schwerste Schädigung des Gesamtwohls unseres Landes. Jeder muß sich zu der Ueberzeugung durchringen, daß es um das Gesamtinteresse unseres Landes geschieht und im Interesse derer, die wir hier zurücklassen, wenn wir jetzt in Ruhe und Ordnung den von höherer Stelle gegebenen Befehl zur Räumung durchführen. Es muß alle Macht und Strenge aufgeboten werden, die Truppe von Ausschreitungen und Plünderungen fernzuhalten, um den Ehrennamen des deutschen Soldaten in diesem Lande zu erhalten und das Dankgefühl der Bevölkerung nicht zu verlieren.

Polen-Tumulte in Kattowitz.

Beuthen, 7. Juli. Wie die „Ostd. Morgenp." aus Kattowitz meldet, kam es dort am Sonntag nachmittag 2 Uhr zu schweren Ausschreitungen bei einer Massenkundgebung, durch die gegen die Besetzung Oberschlesiens durch die Armee Haller Einspruch erhoben und dem Wunsche Ausdruck gegeben werden sollte, daß Oberschlesien durch amerikanische Truppen besetzt werde. Gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung kommandierten Polizeibeamten und Soldaten des Grenzschutzes, gingen die aus der weiteren Umgebung, zum Teil auf Leiterwagen, nach Kattowitz gekommenen Polen gewaltsam vor. Die Unruhen dauerten etwa eine Stunde, bis militärische Verstärkungen eintrafen. Es sind einige Tote und eine Anzahl Verletzter zu verzeichnen.

Eisenbahner-Sabotage in Hannover.

Berlin, 7. Juli. (Eig. Drahtber.) Sowohl auf der Strecke Hannover—Minden, wie auch Hannover—Göttingen haben die streikenden Eisenbahnarbeiter auf offener Strecke Waggons abgekuppelt und stehen lassen, um jeden Transport unmöglich zu machen; ebenso haben sie die Arbeiter aus den Stellwerken herausgeholt. Der Bahnhof in Hannover ist infolgedessen militärisch besetzt worden, und mit militärischen Kräften sollen auch die Strecken wieder freigemacht werden. Auch der Bahnhof in Lehrte wurde von Regierungstruppen besetzt.

Feuersbrunst auf dem Bahnhof Bebra.

Bebra, 6. Juli. Seit 5 Uhr nachmittags brennt die einige hundert Meter lange Güterhalle des Hauptersatzbahnhofpunktes Bebra lichterloh mit mehr als 100 Eisenbahnwagen. Fortgesetzt explodieren feuergefährliche Güter, wie Benzin usw. Der ungünstige Wind treibt die Funken dem Personenbahnhof zu und gefährdet auch diesen. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

Brandstiftung durch Spartakisten?

Bebra, 6. Juli. Die Umstände des Bahnhofsbrandes legen die Vermutung nahe, daß es sich um eine Brandstiftung durch Spartakisten handelt. Es haben große Ausschreitungen und Plünderungen stattgefunden. Von Kassel wurde zur Hilfe eine Kompagnie der dort liegenden Marburger Jäger nach Bebra entsandt.

Politischer Charakter der Unruhen in Italien.

Basel, 7. Juli. (Eig. Drahtber.). Die aus Ober-Italien einlaufenden Nachrichten lassen erkennen, daß die Arbeiterbewegung in den oberitalienischen Städten bereits begonnen hat einen ausgesprochen politischen Charakter anzunehmen. Nicht nur in Florenz hat sich bei den A.- und S.-Rat gebildet, sondern auch in Bologna und in zahlreichen Städten des Distrikts Costanza. Diese A.- und S.-Räte, die zuerst nur die Kontrolle des Lebensmittelamtes und der Märkte übernommen hatten, haben sich auch bereits der politischen Gewalt bemächtigt. Man glaubt, daß es in den allernächsten Tagen auch in Mailand zur Umwälzung kommen wird. Die Regierung versucht, durch Truppen der Bewegung Herr zu werden. Diese aber versagten und warfen ihre Waffen weg, ihre Offiziere wurden gefangen gesetzt. Auch in Rom ist es bereits zu Lebensmittelunruhen gekommen. Der wohlhabende Teil der Bevölkerung flüchtet und sucht zu Schiff französische Häfen zu erreichen.

Lugano, 7. Juli. (Eig. Drahtber.). Die revolutionäre Bewegung in Ober- und Mittel-Italien dauert an und hat sich weiter über zahlreiche Orte ausgedehnt, u. a. auf Turin, Pisa, Perugia, Livorno und Pistoja. Infolge der Plünderungen ist in einer Reihe von Städten ernster Mangel an Lebensmitteln eingetreten. In Florenz wurden mehrere hundert Personen, die sich an den Plünderungen beteiligt hatten, verhaftet.

Luftschiff R 34 in Amerika gelandet.

Amsterdam, 7. Juli. (Eig. Drahtber.). Nach Reutermeldungen aus Newyork und Minnesota ist das Luftschiff „R. 34" über Montauk Point gestern mittag 1 Uhr 5 Min. auf dem Flugplatz Hacelhourst eingetroffen.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190708-14/fragment/page=0003

Nachruf.

Am 4. d. M. ist unser langjähriges Vereinsmitglied, der Feldwebelleutnant

Herr Regierungs-Kanzleisekretär Karl Gasse,

Ritter des Eisernen Kreuzes II. Klasse,

durch den Tod aus unserer Mitte abberufen worden.

Obgleich nicht mehr wehrpflichtig, war er als treuer Soldat bei Ausbruch des grossen Weltkrieges doch zum Schutze des Vaterlandes zu den Fahnen geeilt. Mannhaft hat er alle Anstrengungen und Entbehrungen ertragen, bis ihn tückische Krankheit darnieder warf, der er nun erlegen ist.

In ihm betrauern wir einen treuen Kameraden, der sein Leben für das Vaterland geopfert hat.

Dankend werden wir seiner stets gedenken.

Merseburg, den 7. Juli 1919.

Der Verein ehemaliger Artilleristen in Merseburg u. Umg.

Familienfestlichkeiten halber bleibt mein Geschäft von morgen Dienstag, mittags 1 Uhr ab, geschlossen.

Karl Schmidt.

Gastwirte!

::: Reparaturen :::
an Bierdruckapparaten
werden schnell und sachgemäß ausgeführt

Telephon 203. von **Gustav Engel.**

Siebe für alle Zwecke,
Draht-Gewebe aller Art,
Sand-Durchwürfe,
Zaungeflechte,
Stacheldraht,
Baumschützer,
Schutzgitter,
Stahldraht-Matratzen

und sonstige einschlägige Artikel, eigene Fabrikation.

Da ständig großes Lager, schnellste Bedienung.

EDUARD JÄNICKE,
Drahtweberei und Siebfabrik
Weißenfels a. S. 6, Große Burgstraße 24
Telefon 670.

Zigarren, holl.,

prima Qualität, große, volle Ware, per Mille 500 u. 600 ℳ. Versand nur gegen Vorkasse auf mein Konto Arteiner Bank, Artern.

A. E. Barisch, Grosshandlung,
Roßleben (Unstrut).

Freiwillige
für
Eisenbahntruppen
(Reichswehr).

Einstellung von Angehörigen aller Waffengattungen sowie Ungedienter, die das 17. Lebensjahr vollendet haben.

Handwerker werden bevorzugt.

Löhnung für Unteroffiziere und Mannschaften:
a) mobile Löhnung nach Dienstgraden,
b) eine Reichswehrzulage von z. Zt. 5.— Mark,
c) Löhnungszuschüsse, soweit sie verheiratet sind.

Zur Einstellung sind erforderlich:
1. Militärpapiere,
2. polizeiliches Führungszeugnis,
3. polizeilich beglaubigte Einwilligung des gesetzlichen Vertreters (bei Minderjährigen).

Meldung und Auskunft:
Werbestelle für Eisenbahntruppen, Magdeburg,
Am Sudenburger Tor, Baracke E.

Aufklärungs-Prospekt
für Frauen und Mütter versendet geschlossen und frei
Carl Paul, Halberstadt.
Postschließfach 71.

Ungeziefer
aller Art, vertilgt sicher, sowie
Vernichtung deren Brut
:: **bei Ausgasung.** ::
Paul Petermann
Kammerjäger
Halle/S. gr. Brunnenstr. 48.

Schreibmaschinen-Spezial-Reparatur-Werkstatt für alle Systeme

sowie für Rechen- u. Kopiermaschinen, Roneo- und Rotary-Apparaten. **Aufarbeitungen** von Schreibmaschinen auf neu. Umarbeitungen von fremden Schriftarten in deutsche sämtliche Reparaturen und Reinigungen werden unter meiner langjährigen selbstständigen fachmännischen Leitung prompt und preiswert ausgeführt.

Farbbänder, Kohlepapiere, Wachspapier
stets am Lager.

Max Knauth, Mechaniker,
Halle, Kl. Ulrichstrasse 1. Tel. 4913.

Wegen Warenmangel
halte ich mein Geschäft bis auf weiteres nur
Mittwoch von 8—10 vorm. und 3—5 Uhr nachm.
Sonnabend von 8—1 Uhr vorm.
geöffnet.

Carl Brendel.

Wir sind jederzeit Käufer in

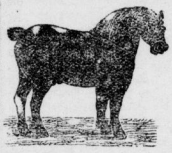
sämtlichen Landes-Produkten

Obst und Gemüse bei Waggonbezug

sowie sämtlicher Futterartikel wie Heu, Stroh u. Hafer und erbitten Angebote postwendend.

Franz Flach & Sohn, Triebes (Reuss),
Landesprodukten- und Futtermittel-Großhandlung.
— Fernsprecher 42. —

Reisegepäck-,
Transport-, Einbruch-Diebstahl- und Glas-Versicherungen
zu billigen Prämien-Sätzen schließt ab die
Subdirektion der Preussischen L.-V.-G.,
HALLE a. S., Alte Promenade 6.
Telefon 2828.



Dienstag, den 8. d. Mts.,
steht wieder ein großer Transport erstklassiger
Belgischer, Dänischer und Oldenburger
Acker- und Wagen-Pferde
darunter befinden sich mehrere
Zucht- und tragende Stuten, zum Verkauf.

Fritz Raspe, Pferde-Handlung,
Merseburg, Gasthof „Zur Stadt Leipzig".
Fernruf 607.

Ein größerer Transport „Wanderer"- und „Brennabor"-

Fahrräder

:: :: mit Gummi trifft ein. :: ::

Auto-Engel
∴ Merseburg. ∴ Fernruf 203. ∴

„Angebot"

Speise-Zimmer,
Herren-Zimmer,
Damen-Zimmer,
Schlaf-Zimmer,
Küchen
in einfacher bis ganz reicher Ausführung
ca. 150 Zimmer.
Möbelfabrik
Albert Martick Nachf.,
Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S.,
— Alter Markt 2. —

Die lästigen Schuppen!
Beseitigt unter Garantie Schwefelpomade Philodermine.
Bei **Curt Atzel,** Adler-Drogerie.

Aus der Lüneburger Heide habe ich zu jeder Zeit recht günstig abzugeben Streu- und Futterheide wie auch Streu- und Brennstorf, bei Bezug in Ladung Preise a. Anfrage
Peter Fiehnen,
Lüneburg, (Hann.)

H. Schnee Nachfl.
Erstklassiges Spezialgeschäft für Strumpfwaren u. Trikotagen
Halle a. S., Gr. Steinstr. 34.

Geld in jeder Höhe monatl. Rückzahlung verleihen sofort
H. Blume & Co., Hamburg 5.

---

6 Gänse
hat zu verkaufen
Lacher, Sössen.

CINOPHON-THEATER

Fernruf 215 Grosse Ritterstr. 1 Fernruf 215

Ab Dienstag bis Donnerstag:

Der Hilferuf!

Spannendes Abenteuer des berühmten Detektivs **Stuart Webbs** in 4 Akten. In der Hauptrolle: **Ernst Reicher.**

Die schwarze Lo.

Ergreifendes Drama in 4 Akten aus dem ∴ ∴ Leben eines Straßenkindes. ∴ ∴
In der Hauptrolle: **Maria Orska.**

Direktor Zwick-Zwack

Lustspiel in 2 Akten mit **Albert Paulig.**

KAMMER-LICHTSPIELE

Kleine Ritterstr. 3 **Fernruf 529.**

Heute Montag zum letzten Male!

Die Dame, der Teufel u. d. Probiermamsell!

Eine teuflische Komödie in 4 Akten mit unserer beliebtesten und reizendsten Künstlerin, der Filmkönigin,
: „Henny Porten". :

Ab Dienstag:
„Hallo hier, Harry Higgs!!" „Wer dort?"
Ein Detektiv-Film mit atemraubender Spannung, mit
"Hans Mierendorf".
Hierzu ein gewaltiges Bei-Programm!
— Anfang 7½ Uhr. —

In das Handelsregister Abteilung B Nr. 1 betreff. **Zuckerfabrik Körbisdorf, Aktiengel. in Körbisdorf,** ist folgendes eingetragen: „Der Betriebsleiter Fabrikdirektor **Paul Kettner** in Körbisdorf ist zum Prokuristen ernannt. Nach dem Ableben des Direktors Moering besteht der Vorstand nur noch aus einem Mitgliede, dem Direktor Max Koch.

Merseburg, den 1. Juli 1919.
Amtsgericht Abt IV.

Preuß.-Südd. Klassenlotterie.
Ziehung der 1. Kl. am 15. und 16. Juli 1919.

Lose	1/8	1/4	1/2	1/1
für 1. Kl.	5.25	10.50	21.—	42.—
für alle 5 Klassen	26,25	52,50	105	210 ℳ

noch zu haben
Raymond
Preuß. Lotterie-Einnehmer
Hallesche Straße 25.

Preußisch-Süddeutsche Lotterie-Einnahme:
Das Kontor ist von heute ab an den Wochentagen von 8²⁰ bis 12²⁰ Uhr und von 3 bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.

Hausgrundstücks-Verkauf.
Das Hausgrundstück, Hallesche Straße 71 mit Laden, großem Hof usw. ist sofort bei 10 bis 20000 Mark Anzahlung zu verkaufen. Näheres durch
Albert Franke,
— Hallesche Straße 27. —

Ein kleiner Posten prima

Auslands-Schläuche

zu billigsten Tagespreisen eingetroffen bei

Max Schneider
Telef. 479 Schmale Straße 14

Land-Gasthof m. etw. Feld zu kauf. ges. Off. unter **L. B. 2950** an Rudolf Mosse, Leipzig.

Photogr. Apparat
zu verkaufen. 9 × 12 cm, Krügener Klapp-Kamera Doppel-Anastigmat. Angebote unter **Nr. 250** a. d. Exp. d. Bl.

Stadttheater Halle

Montag, 7½ Uhr:
Alt-Heidelberg
Dienstag, 7½ Uhr:
„Siegfried."
Mittwoch, 7½ Uhr:
„Martha."
Donnerstag 7½ Uhr:
8. Sinfonie-Konzert.
(Rose-Quartett).
Freitag, nachm. 7½ Uhr:
„Der Zigeunerbaron"
Sonnabend, nachm. 7½ Uhr:
„Wilhelm Tell."
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
(Volksvorstellung)
Jugend.
Abends 7½ Uhr:
Lumpenl.

Tivoli-Theater, Merseburg
Dir.: **Arthur Dechant.**

Dienstag, den 8. Juli 1919, abends ½8 Uhr:
Zum ersten Male!
Die tolle Komteß.
Operette in 3 Akt. v. W. Kollo.

Donnerstag, den 10. Juli 1919 abends ½8 Uhr:
Maria Magdalena.
Ein bürgerliches Trauerspiel von Friedr. Hebbel.

Fr. Rhabarber
empfiehlt
Trebst, Blumengeschäft,
Entenplan 3.
Fernruf 475. Fernruf 475.

Gesucht
von einzelner Dame, Mädchen, das selbständig kochen kann und alle Hausarbeit versteht. Meldung an
Frau Professor Rademacher,
Oberaltenburg 12 pt.

Zuverlässiges, sauberes
Dienstmädchen
zum 1. August gesucht
Frau Ch. Sandmann,
Weißenfels, Kl. Kalandstr. 5,

Wer verm. Brautpaar
3—4 Zimmer-Wohnung
in Merseburg od. Nähe? Evtl. tausche Whg. in Erfurt dafür ein. Off. u. **E. L. 268** an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Feldgraues Beinkleid
zu kaufen gesucht. Angebote unter **Feldgrau** an die Exped. dieses Blattes.

Verantwortliche Redaktion Politik, Oertl. und prov. Teil: Hanns Lotz, Sport: M. Hochheimer, Anzeigen: H. Baltz.
Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balz, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190708-14/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 147 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt.

Dienstag, den 8. Juli 1919.

Deutsche Nationalversammlung.

Weiterberatung der Verfassung.

In der Sonnabendsitzung der Nationalversammlung ehrte das Haus das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Starossen in der üblichen Weise. Eingegangen ist der Gesetzentwurf über die Ratifikation des Friedensvertrages. Die zweite Beratung des Verfassungsentwurfes wird fortgesetzt. Die Bestimmungen über

das Amt des Reichspräsidenten

werden entgegen dem Antrage der Unabhängigen auf Streichung angenommen bis auf Artikel 41, über den später abgestimmt wird.

Nach Artikel 45 schließt der Reichspräsident Bündnisse und Verträge mit auswärtigen Mächten. Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsgesetz. Sobald ein Völkerbund mit dem Ziel des Ausschlusses aller Geheimverträge geschlossen ist, bedürfen alle Verträge mit den Völkerbundstaaten der Zustimmung des Reichstags. Der Artikel wird in der Ausschußfassung unter Streichung der Bestimmung über den Völkerbund (gemäß Antrag Gröber (Ztr.) angenommen.

Nach Artikel 46 ernennt und entläßt der Reichspräsident die Reichsbeamten und Offiziere. Er kann das Ernennungs- und Entlassungsrecht durch andere Beamten ausüben lassen. Artikel 46 wird unverändert angenommen, ebenso Artikel 47 ,wonach der Reichspräsident den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches hat. Angenommen wird ferner Artikel 48, der bestimmt: Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Mach anhalten.

Bevor das Haus zu der am Freitag ausgesetzten Abstimmung über Artikel 41 übergeht, wird ein Antrag Schulze-Gävernitz, statt „Reichspräsident" zu sagen „Reichswart" abgelehnt. Entsprechend dem Antrage Siehr (Dem.) beschließt das Haus die Fassung, daß zum Reichspräsidenten wählbar ist jeder Deutsche der das 35. Lebensjahr vollendet hat. (Damit entfällt die Formulierung des Entwurfes, wonach der Gewählte mindestens 10 Jahre Deutscher sein soll, und der deutsch-nationale Antrag, daß der Gewählte als Deutscher geboren sein soll.) Die Bestimmungen des Entwurfs: „Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält", wird abgelehnt und damit dem Reichsgesetz überwiesen, das bezüglich der Wahl des Präsidenten vorgesehen ist.

Nach Artikel 49 kann der Reichspräsident bei Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung unter Verantwortung des gesamten Reichsministeriums mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten, die zur Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung erforderliche Maßnahmen treffen, zu einem bestimmten Teile auch die Grundrechte außer Kraft setzen. Die Genehmigung des Reichstages ist einzuholen. Die Maßnahmen sind aufzuheben, wenn der Reichstag die Genehmigung versagt.

Ein unabhängiger Antrag verlangt Streichung des Artikels. Ein gemeinsamer Antrag der Abgg. Beyerle (Ztr.), von Delbrück (Dn.), Dr. Haas (Dem.) und Dr. Heinze (D. Vpt.) legt eine Formulierung vor, wonach der Reichspräsident die nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten kann, sowie den Zusatz: Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen treffen; die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten außer Kraft zu setzen.

Der Artikel gibt Anlaß zu einer längeren Debatte. Abg. Dr. Cohn (U. S.) meint, er gäbe der Regierung zu weiten Spielraum zum Mißbrauch ihrer Macht. Die Bestimmung werde zur schlimmsten Ausprägung des Polizeistaates. Ihm entgegnet Regierungskommissar Dr. Preuß, daß selbst ein Dr. Cohn nicht ohne den Belagerungszustand auskommen könne, wie hinreichend bewiesen sei. Der Entwurf beseitige aber den unerträglichen Zustand, daß der Reichspräsident und die Regierung bei der Verhängung des Belagerungszustandes keine Verantwortung zu übernehmen brauchten. Privateigentum werde ohne Entschädigung nicht angetastet, Maschinengewehre, Handgranaten und ähnliches Privateigentum müßten allerdings — er wisse im Augenblick nicht mit oder ohne Entschädigung — unschädlich gemacht werden. (Heiterkeit). Die nähere Regelung des Belagerungszustandes werde durch ein Reichsgesetz erfolgen. In der weiteren Debatte wendet sich Reichsminister Heine gegen einen Antrag Katzenstein (Soz.), in der Wendung „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" das Wort „Ordnung" zu streichen. Durch die Streichung des Wortes würde der Inhaber der vollziehenden Gewalt verhindert, wirtschaftliche Maßnahmen zu treffen, z. B. die Festsetzung von Höchstpreisen. Schweres Geschütz fährt noch einmal der Unabhängige Dr. Cohn auf, indem er den Mehrheitssozialisten zuruft: Es tut not, daß Ihnen einmal die heuchlerische Larve abgerissen wird. (Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen; große Unruhe und Lärm bei den Soz.) Ihr Schrei nach Gesetzlichkeit ist nichts weiter als der Schrei nach dem Bürgerkrieg zum Schutze Ihrer Parteiinteressen.

Artikel 49 wird in der Fassung des Antrages Beyerle angenommen, der Antrag Katzenstein abgelehnt.

Die Artikel 51 (Gegenzeichnung), 52 (Vertretung des Reichspräsidenten und 53 (Reichsregierung) werden angenommen.

Die Artikel 54 und 55 werden verbunden zur Beratung gestellt. Sie bestimmen: Der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen. Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichstages. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht.

Die Fassung des Entwurfs wird angenommen, ebenso der Abschnitt Reichsrat (Art. 61 ff.) bis auf die Artikel 62 und 64 bezüglich des Stimmenverhältnisses im Reichsrat, die erst später im Zusammenhang mit dem zurückgestellten Artikel 18 beraten werden sollen.

Bei der Aussprache über Artikel 69 des Abschnittes Reichsgesetzgebung, bezweifelt der Abg. Dr. Cohn (U. S.) die Beschlußfähigkeit des Hauses, worauf die Beratungen abgebrochen und auf Montag vertagt werden.

Politische Rundschau

Hindenburg und die Nationalversammlung.

Die Fraktion der deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung hat folgenden Antrag eingebracht:

Die Nationalversammlung wolle beschließen, das folgende Telegramm an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg zu senden: „Als Vertreterin des deutschen Volkes spricht die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung Euer Exzellenz den heißen Dank der Nation für die unauslöschlichen Verdienste aus, die Sie sich in fünfjähriger hingebungsvoller Arbeit um das Vaterland erworben haben. Der Name Hindenburg war dem deutschen Volke in schwerer Zeit der Inbegriff des Schutzes und Stolzes. Er leuchtete durch die Geschichte gewaltiger Leistungen und Taten eines gegen die Uebermacht von Feinden ringenden Volkes. In all den Jahren des Kampfes waren Sie, Herr Generalfeldmarschall, ein leuchtendes Vorbild treuer deutscher Pflichterfüllung, die auch in den Zeiten der Not und des Zusammenbruches sich bewährte. Nun Euer Exzellenz von dem hohen Führeramte schieden, folgt Ihnen der Dank des hartgeprüften Volkes in die Stille eines, so Gott will, gesegneten Lebensabends. Der Name Hindenburg wird für alle Zeiten als der eines der Großen der Geschichte in den Herzen des deutschen Volkes fortleben.

Ueber den Antrag wird zunächst im Aeltestenausschuß beraten werden.

Deutsche Frauen an Hindenburg.

Ueber 70 deutsche Frauen-Verbände und -Vereine haben an den scheidenden Generalfeldmarschall von Hindenburg eine Dankadresse gerichtet, in der es heißt: „Es wird in deutschen Frauenherzen unvergessen bleiben wie Sie, Herr Generalfeldmarschall, in den Tagen der größten Not das Vaterland aus den Händen der Feinde befreit und von Sieg zu Sieg geführt, es aber in den Tagen der größten Schmach und Schande nicht verlassen haben. Bis in alle Zukunft werden es deutsche Mütter ihren Kindern und Kindeskindern erzählen, wie in Ihnen, Herr Generalfeldmarschall, der Retter des Vaterlandes erstand, und in den fernsten Zeiten sollen kommende Geschlechter die Ruhmestaten Ew. Exzellenz verkünden und in dankbarem Herzen bewegen. Möchte dermaleinst zugleich mit diesen unvergleichlichen Taten Deutschlands Wiedererstehung gefeiert werden!"

Gesandter von Haniel Unterstaatssekretär.

Der Gesandte von Haniel ist zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt ernannt worden. Er hat die Funktionen seines neuen Amtes bereits übernommen.

Der Arbeitsplan der Nationalversammlung.

Der Aeltestenausschuß der Nationalversammlung hat beschlossen, bis Montag die Verfassung zu erledigen und von Dienstag ab die 10 Steuergesetze zur Beratung zu stellen. Am Donnerstag soll dann das Siedlungsgesetz auf die Tagesordnung gesetzt werden und an den folgenden Tagen die Beamteninterpellation und einige andere kleine Sachen beraten werden.

Die Auskunftspflicht der Banken.

Der Reichsfinanzminister wird, wie bereits gemeldet, von der Ermächtigung, den Banken auf Grund der am 23. d. M. von der Nationalversammlung angenommenen Ergänzungsgesetzes gegen die Steuerpflicht die Auskunftspflicht auszuerlegen, vorläufig nur für die Banken in den sogenannten besetzten Gebieten Gebrauch machen. Rückwirkende Kraft wird diese Maßnahme jedoch nicht bis zum 1. August 1914, sondern nur bis zum 1. Oktober 1918 haben. Von Steuerfluchtverschiebungen, gegen die sich das Gesetz wendet, konnte in den ersten Kriegsjahren nicht die Rede sein. Der Antrag des Unabhängigen Sozialdemokraten Wurm schießt in dieser Beziehung weit über das Ziel hinaus. Es kommt darauf an, daß die Banken möglichst schnell die erforderlichen Mitteilungen einreichen können. Die Vorschrift betrifft nicht nur die privaten Bankinstitute, sondern auch die öffentlichen Institute, wie zum Beispiel die Sparkassen. Ueber eine Ausdehnung des Veröffentlichungszwanges der Banken auf andere Gebiete des Reiches, wozu der Finanzminister nach dem Gesetz berechtigt ist, ist noch keine Entscheidung getroffen worden und wird auch nicht getroffen werden, bevor nicht Besprechungen mit den Vertretern der Banken stattgefunden haben. Solche Besprechungen werden demnächst vom Finanzminister eingeleitet werden.

Wie die Franzosen sich in der Pfalz aufführen.

Die „Frankfurter Zeitung" entnimmt der Zuschrift einer angesehenen Persönlichkeit aus Neustadt (Pfalz): Der Fabrikant Philipp Helfferich, ein Bruder des ehemaligen Staatssekretärs Helfferich, wurde durch einen französischen Offizier durch Faustschläge mißhandelt, in Zweibrücken der frühere deutsche Fliegeroffizier Schaaf auf Veranlassung von einem französischen Major durch ungefähr 10 französische Unteroffiziere mit Peitschenhieben schwer mißhandelt und ein Rechtsanwalt von französischen Soldaten ohne jeden Anlaß derart verprügelt, daß ihm der linke Arm gebrochen ist. Außerdem werden weitere brutale Akte, wie Schändungen von Denkmälern usw., aus verschiedenen Orten der Pfalz gemeldet.

Aufhebung des Boykotts der Freiwilligen-Truppen.

In der Sonnabendsitzung der Groß-Berliner Arbeiterräte wurde die Aufhebung des Boykotts der Freiwilligen-Verbände beschlossen. Die Unabhängigen brachten eine Erklärung ein, in der es heißt: „Durch den Friedensvertrag wird die Zahl der Freiwilligen stark herabgesetzt. Die Arbeiterschaft hat kein Interesse daran, Hunderttausende dieser Entlassenen der Arbeitslosigkeit auszuliefern und sie damit für die gegenrevolutionäre Propaganda empfänglich zu machen. Die Fraktion der U. S. P. legt daher keinen Wert mehr auf die Aufrechterhaltung des Boykotts.

Bewegungsfreiheit in Italien.

Durch einen Erlaß der italienischen Regierung sind sämtliche Bewegungsbeschränkungen der bisher feindlichen Ausländer aufgehoben worden, mit Ausnahme der Bezirke der Seehäfen und der im Kriege eroberten Gebiete.

Der Doppelgänger.

Roman von Carl Schüler.

27] (Nachdruck verboten.)

Herr Erich Labwein aber hatte sich auf alle drei Anzeigen gemeldet! Seine Angebote hatten alle drei den gleichen Wortlaut:

„Geehrter Herr! Ihre Anzeige in der heutigen Zeitung hat mein Interesse gefunden. Ich kann Ihnen sofort mit Gewünschtem dienen und bitte um Ihren umgehenden Besuch. Hochachtungsvoll

Erich Labwein."

Der erste Schritt war geglückt.

Dorival gab Galdino den Auftrag, alle Briefe zu vernichten, mit Ausnahme der drei Karten des Herrn Labwein, aber auch von diesen opferte er noch zwei Stück und behielt nur die Karte zurück, die die Chiffre der Anzeige trug, in der der Konsulatstitel gesucht wurde. Dorival wollte sich als der titelsüchtige Jüngling mit den hunderttausend Mark bei dem Winkelbankier einführen —

Das Geschäftslokal des Bankhauses Erich Labwein lag in der Jägerstraße. In einem der älteren Häuser. Man mußte drei Treppen erklettern, ehe man vor der Tür stand, hinter der der vielseitige Mann arbeitete.

Dorival studierte, ehe er die Hand auf die Türklinke legte, die zahlreichen, auf weiße Pappschilder gemalten, für den Besucher bestimmten Verordnungen. Auf einem dieser Schilder war zu lesen: „Geschäftszeit von 10 bis 3 Uhr, auch während der Börse geöffnet". Auf einem anderen las man: „Besprechungen mit dem Direktor nur nach vorheriger Anmeldung". Ein drittes Schild enthielt die Aufforderung: „Herein ohne anzuklopfen".

Dorival kam dieser Aufforderung nach.

Er trat in ein kleines Stübchen, das durch einen schmalen Zahltisch in zwei Teile geteilt war. In dem Außenteil standen ein halbes Dutzend Stühle für Wartende. Gegenwärtig war keiner dieser Stühle besetzt, nur an einem lehnte ein Damenschirm. Auf der anderen Seite des Zahltisches stand ein hohes Schreibpult, vor dem auf einem Drehstuhl ein ältliches Fräulein saß. An einer Seitenwand des Zimmers stand ein Regal, das mit Akten von unten bis oben angefüllt war. Die heraushängenden Aktenschwänze waren verschieden gefärbt, einige gelb, andere rot, wieder andere blau, so daß das Aktenmaterial des Herrn Labwein einen recht bunten Anblick bot. Dieser Wand gegenüber stand ein offener Büroschrank. In diesem Schrank standen in Reih und Glied Flaschen, Standgefäße, Wechselsen und allerlei Kasten und Kästchen, die sämtlich numeriert waren. Die Bedeutung dieser Kollektion wurde dem Besucher durch ein Plakat erklärt, das an der offenen Tür des Schrankes befestigt war. Dorival las: „82 durch die Firma Erich Labwein verwertete Patente". Neben dem Schrank befand sich eine Tür, die in ein zweites Zimmer führte. Da die Tür nur angelehnt war, konnte Dorival hören, daß sich zwei Personen über die Verwertung einer Hypothek unterhielten. Die eine dieser Personen, welche die Hypothek beliehen haben wollte, war der Stimme nach eine Dame, vermutlich die Besitzerin des Schirms. Nach seinem Eintritt hatte das Fräulein am Schreibtisch Dorival mit kurzem Aufblick gefragt:

„Sie wünschen?"

Als Dorival der Fragerin erklärt hatte, daß er Herrn Labwein zu sprechen wünsche, hatte er die Aufforderung erhalten, auf einem der Stühle Platz zu nehmen, da der Herr Direktor noch beschäftigt sei. So fand Dorival Zeit, sich umzusehen.

Er hatte sich zu diesem Besuch wohl vorbereitet. Seinem Diener hatte er erklärt, daß er einige Tage verreise. Er war auch mit einer Handtasche nach dem Bahnhof Friedrichstraße gefahren, hatte sich eine Fahrkarte nach Köln gelöst, den Fernzug bestiegen, und sich von Galdino das Gepäck in das Abteil reichen lassen. Auf dem Bahnhof Zoologischer Garten hatte er den Zug verlassen und war mit seinem Gepäck in einem Automobil nach einem Hotel am Potsdamer Platz gefahren. Dort hatte er sich zwei Zimmer im ersten Stock gemietet und sich in die Fremdenliste als Fabrikant Heinrich Rotmüller aus Elberfeld eintragen lassen. Auch Besuchskarten, die auf diesen Namen lauteten, trug er in seiner Brieftasche. Sein Aeußeres hatte er dadurch etwas verändert, daß er sich einen fertigen Anzug gekauft hatte, der in Farbe und Schnitt lebhaft von den Anzügen abstach, die er sonst zu tragen pflegte.

Aus dem Zimmer nebenan drangen Worte. Dorival hörte den Direktor seiner Besucherin die Schwierigkeit schildern, die sich heute der Beleihung einer Hypothek entgegenstellten, noch dazu einer zweiten Hypothek. Er selbst könne sich auf das Geschäft nicht einlassen, er wolle aber sehen, daß er die Hypothek bei einem Geschäftsfreund unterbringe. Er bedang sich eine Provision aus und ersuchte die Frau, ihm die Hypothek zu „treuen Händen" zu übergeben.

Zögernd ging die Frau auf den Vorschlag ein. Sie erzählte, daß sie das Geld unbedingt in den nächsten Tagen brauche, eine ihrer Töchter wolle heiraten und der Schwiegersohn verlange die Mitgift in barem Geld.

„Hat er recht", hörte Dorival Herrn Labwein bemerken. Dann versicherte er seiner Besucherin, er würde tun, was in seinen Kräften stehe. Gleich darauf trat die Dame in das Vorderzimmer. Sie war eine gut gekleidete Fünfzigerin.

„Wen darf ich melden?" piepste das ältliche Fräulein jetzt Dorival an. Er reichte ihr eine seiner für diesen Besuch angefertigten Karten.

Das Fräulein las.

„In welcher Angelegenheit wollen Sie den Herrn Direktor sprechen, Herr Rotmüller,"

Dorival gab ihr die Postkarte mit der Unterschrift des Herrn Labwein. Das Fräulein prägte sich die Chiffre ein, schlug in einem Buch nach, und hatte bald gefunden, was sie suchte.

„Betrifft Beschaffung eines Konsulats?"

Als Dorival zustimmend nickte, verschwand sie in das Zimmer nebenan, um den Herrn Direktor auf den neuen Besuch vorzubereiten. Sie kam bald wieder und öffnete eine in den Zahltisch eingebaute Türe:

„Herr Direktor Labwein lassen Herrn Rotmüller bitten."

Dorival trat in das Arbeitszimmer des Herrn Direktors. Er sah sich einem kleinen Mann gegenüber, dessen gelbliches Gesicht ein schwarzer Spitzbart umrahmte. Er hatte rotgeränderte, entzündete Augen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190708-14/fragment/page=0005

Böhmische Braunkohle für Sachsen.

Wie die „Leipz. N. N." erfahren, hat die tschecho-slowakische Republik die Erlaubnis zur Ausfuhr böhmischer Braunkohle nach Sachsen erteilt.

Weitere Maßnahmen zur Nutzbarmachung von Oedland.

Der der Landesversammlung vorliegende Gesetzentwurf über die Bildung von Bodenverbesserungsgesellschaften bestimmt, daß die Eigentümer von Moor-, Heide- und ähnlichen Ländereien zu einer Genossenschaft zwecks Bewirtschaftung dieser Ländereien nach einem einheitlichen Plane vereinigt werden können. Die Genossenschaft hat das Recht, die Grundflächen gegen angemessene Entschädigung zu enteignen. Ueber die Zulässigkeit der Enteignung hat auf Antrag der Genossenschaft der Präsident des Landeskulturamts zu entscheiden. Die Begründung bemerkt dazu: Der Entwurf will nicht nur die rasche Besiedlung von Moor und Oedland ermöglichen, sondern auch unabhängig von der Siedlung die baldige Verbesserung aller ertraglosen Moor- und Oedländereien auf genossenschaftlicher Grundlage durchführen. Das bedeutet einen tiefen Eingriff in das Eigentum am Grund und Boden. Aber aus der Not der Stunde heraus geboren, muß der Entwurf der Forderung Rechnung tragen, daß der Grundeigentümer nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gegenüber der Allgemeinheit habe. Damit erhält der Eigentumsbegriff einen sittlichen Inhalt.

Die Erschließung von Oedland macht erfreuliche Fortschritte. Von der Gesamtfläche von 156 173 Hektar sind während des Krieges etwa 40 000 Hektar urbar und der Volksernährung dienstbar gemacht worden. Aber viel bleibt noch zu tun übrig. Beträgt doch nach im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten aufgestellter Denkschrift über die Moorkultur und die Moorbesiedlung in Preußen aus dem Jahre 1912 der Umfang der größeren, zur Kultivierung als Wiese, Weide oder Acker geeigneten Oedlandschaften in Preußen insgesamt 655 424 Hektar, eine Fläche, in der die zahllosen kleineren Moore unter 50 Hektar nicht enthalten sind. Zur Urbarmachung dieser Flächen soll der Entwurf des Gesetzes die Handhabe bieten. Zur Durchführung der Entwässerung und der Folgeeinrichtungen auf Moor-, Heide- und ähnlichen Ländereien will der Entwurf einen besonderen Träger schaffen, mit der Zweckbestimmung, das zur Genossenschaft gehörende Moor und Oedland auch gegen den Willen seiner Eigentümer in Kultur zu bringen und nach Bedarf gemeinschaftlich zu bewirtschaften und zu nutzen. Sein Ziel geht über den Rahmen des Reichssiedlungsgesetzes hinaus.

Aus Stadt und Umgebung

Hirtenbrief des preußischen Generalsuperintendenten zum Friedensschluß.

Bei dem am gestrigen Sonntag in allen evangelischen Kirchen vom Oberkirchenrat aus Anlaß des niederbeugenden Friedensschlusses von Versailles anberaumten Trauergottesdienst wurde folgende Ansprache des Generalsuperintendenten der altpreußischen Provinzen von den Kanzeln verlesen:

„In der Stunde tiefster Demütigung unseres Volkes wenden wir uns an die evangelischen Gemeinden unserer Landeskirche mit einer dreifachen Bitte.

Die erste: Das deutsche Reich und seine Herrlichkeit ist zerbrochen, eine Zeit des Druckes und der Ohnmacht steht uns bevor. Aber unerschüttert bleibt das Reich unseres Gottes. Sein Fuß ist auch in den großen Wassern. Darum laßt uns festhalten an dem Glauben, der die Welt überwindet, an dem lebendigen Gott und dem, den er gesandt hat, Jesus Christus. Und wenn wir wehrlos uns den grausamen und unerhörten Bedingungen unserer Gegner unterwerfen müssen, unmöglich ist es, das letzte und einzige, was uns bleibt, preiszugeben, unsere Ehre und unser Gewissen.

Jeder Gedanke an die Auslieferung unseres Kaisers, der fast 30 Jahre seinem Volke den Frieden erhalten hat, nebst seinen Feldherren und Staatsmännern, die ihn nach bestem Wissen beraten haben, ist eine Qual, die kein deutsches Herz ertragen kann; wir empfinden sie als tiefe Schmach, die uns mit Treubruch und Ehrlosigkeit belasten will.

Das Verlangen, uns als die einzig Schuldigen am Kriege zu bekennen, legt uns eine Lüge in den Mund, die schamlos unser Gewissen verletzt. Als evangelische Christen erheben wir vor Gott und Menschen feierlich heiligen Protest gegen den Versuch, unserer Nation dieses Brandmal aufzudrücken. Wie man auch urteilen mag über einzelne Handlungen der Regierung unseres Kaisers: fest steht die Reinheit seines Wollens, die Makellosigkeit seines Wandels, der Ernst seines persönlichen Christentums und seines darin tief begründeten Verantwortlichkeitsgefühls. Mit äußeren Mitteln vermögen wir ihn nicht zu schützen, aber hier unsere Bitte: Im Einklang mit Millionen deutscher Männer und Frauen rufen wr unsere Gemeinden auf, in dieser Not den Kaiser und seine schwergekränkte, in den Werken christlicher Barmherzigkeit vorbildlich bewährte Gemahlin nebst unseren deutschen Führern und Helden mit dem Wall unserer Fürbitten zu umgeben. Die Menschen haben uns verlassen, aber der Schrei unserer Klage vor Gott vermag sich als eine Großmacht zu erweisen, die stärker ist als die Bosheit der Welt.

Die dritte Bitte: Laßt uns nicht müde werden, solange Gott uns das Leben schenkt, furchtlos unsere Pflicht zu tun, die Not zu lindern, die Hoffnung zu stärken und Liebe zu üben. Unseres Glaubens Herzstück ist unser Herr Jesus Christus, der uns erlöst hat. Laßt uns in seiner Nachfolge als seine Jünger uns bewähren und in seiner Kraft auch das Vaterland bauen. In diesem Gelübde bleiben wir auch mit den in Gefahr der Abtrennung stehenden Teilen unserer evangelischen Landeskirche für immer verbunden. Ueber alle Hoffnungslosigkeit erhebt sich das Dennoch des Glaubens. Wir haben einen starken Gott, einen lebendigen Heiland, ein unbewegliches Reich, dem der Sieg gehört! Rüsten wir uns mit Waffen des Glaubens und des Gebets, daß wir mit zu den Siegern gehören!"

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Beim Diebstahl erschossen.

Lauchstedt, 6. Juli. Am Mittwoch abend wurde im benachbarten Großgräfendorf vom Gutsbesitzer Hochheim der Fabrikarbeiter Schalk aus Teutschental erschossen. Der Erschossene wurde beim Kleediebstahl ertappt und weigerte sich, seine Personalien anzugeben. Statt dessen schlug er mit einem Eichenknüppel auf Herrn Hochheim ein. Dieser feuerte nun aus seinem Gewehr einen Schuß ab, der den Angreifer schwer verletzte. Dessen Komplize gab nun an, daß er der Fabrikarbeiter Hanisch aus Teutschental sei. Der Angeschossene wurde mittels Fuhrwerk nach Hause transportiert, starb aber bereits unterwegs.

Zur Behebung der Wohnungsnot.

Mücheln, 6. Juli. Unter dem Namen „Heimstätten-Baugemeinschaft von 1919" haben sich dieser Tage 30 von der Wohnungsnot mehr oder weniger hart Betroffene zu einer G. m. b. H. in Mücheln zusammengeschlossen. Zweck des Zusammenschlusses ist, minderbemittelten Familien (Mitglieder der Genossenschaft) zu erschwinglichen Preisen Eigenheime zu bauen.

Selbstmord aus Trauer um Deutschlands Schmach.

Halle, 5. Juli. Selbstmord hat der Justizrat Adolf Weißler von hier verübt. Nach seinen letzten Aufzeichnungen ist das Motiv der Tat „Trauer um die tiefe Schmach unseres Volkes" gewesen.

Ein Landesjäger erschossen.

Halle, 6. Juli. In der Nacht zum Sonnabend wurde ein Landesjäger an der Stelle, auf der er Posten stand, erschossen aufgefunden. Bereits vor etwa 14 Tagen soll in der Nähe des Gertraudenfriedhofes ein Landesjäger erschossen worden sein.

Lastkraftwagenverbindung.

Schkeuditz, 5. Juli. In einer Versammlung am Sonnabend referierte Fabrikbesitzer Otto Schaefer über die beabsichtigte Errichtung einer regelmäßigen Lastkraftwagenverbindung Halle-Leipzig. Die Versammlung begrüßte das Projekt unter Berücksichtigung der jetzigen mißlichen Eisenbahnverhältnisse. Besonders empfohlen werden folgende Linien: Leipzig—Schkeuditz—Halle über Döllnitz-Ammendorf, Leipzig—Markranstädt—Schkeuditz und Bitterfeld—Delitzsch—Schkeuditz. Bei unserem regen gewerblichen Verkehr ist die Benutzung der Linien sehr aussichtsreich und ist nur zu wünschen, daß die Einrichtung vor allem zwischen hier und Leipzig und Halle, recht bald ins Leben gerufen wird.

Jagdpolizei.

Schkeuditz, 6. Juli. Den Forsthilfsaufsehern Ruhe und Obenhaus in Schkeuditz und Riemann in Burgliebenau ist behördlicherseits die Genehmigung zur Ausübung jagdpolizeilicher Handlungen auch außerhalb ihrer Schutzbezirke erteilt worden.

Bekanntmachung

Verordnung

betreffend die Ausdehnung der Bestimmungen der Bundesratsbekanntmachung vom 2. August 1917 (Reichsgesetzbl. S. 683) auf weitere Unterrichtsfächer.

Auf Grund des Paragraphen 1 Absatz 3 der Bundesratsbekanntmachung über den privaten gewerblichen und kaufmännischen Fachunterricht vom 2. August 1917 (Reichsgesetzbl. S. 683) wird folgendes bestimmt:

Art. 1.

Die Vorschriften der Bundesratsbekanntmachung über den privaten gewerblichen und kaufmännischen Fachunterricht vom 2. August 1917 (Reichsgesetzbl. S. 683) finden auf folgende Unterrichtsfächer entsprechende Verwendung:

1. den Theaterunterricht einschl. des Tanz- und Chorgesangunterrichts für die Bühne,
2. den Unterricht in solchen Darbietungen, deren Veranstaltung einer Erlaubnis nach § 33a der Reichsgewerbeordnung unterliegt,
3. den Unterricht in der Filmdarstellnngskunst,
4. den Musikunterricht, insoweit, als es sich um die Ausbildung zu gewerblichen musikalischen Leistungen handelt bei denen ein höheres Interesse der Kunst nicht obwaltet.
5. den der Ausbildung von mittleren und niederen Beamten für Staats- und Gemeindebehörden dienenden Unterricht.
6. den landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Unterricht.

Auf die Ausbildung, die den Lehrlingen von Artisten (Akrobaten, Gymnastikern und dergl.) durch die Angehörigen ihrer Truppen zuteil wird, finden vorstehende Vorschriften keine Anwendung.

Art. 2.

Die Erlaubnis ist in den Fällen des Art. 1 Ziff. 1—4 von den Regierungen in den Fällen des Artikels 1 Ziffer 5 und 6 von den Regierungspräsidenten, für den Stadtkreis Berlin in allen Fällen von dem Polizeipräsidenten zu Berlin zu erteilen.

Der Bescheid durch den die Erlaubnis versagt oder unter Bedingungen erteilt oder zurückgekommen wird, ist nur im Aufsichtswege ansichtbar.

Art. 3.

An Stelle des im § 6 Abs. 1 der Bundesratsbekanntmachung vom 2. August 1917 (Reichsgesetzbl. S. 683) enthaltenen Zeitbestimmung (31. Dez. 1917) tritt für die in Art. 1 bezeichneten Unterrichtsbetriebe der 30. September 1919 und an Stelle der im § 6 Abs. 2 enthaltenen Zeitbestimmung (1. Jan. 1916) der 1. Oktober 1917.

Art. 4.

Die Vorschriften dieser Verfügung treten am 1. Juli 1919 in Kraft.

Berlin, den 5. Mai 1919.

Zugleich im Namen des Ministers für Landwirtschaft, Domänen u. Forsten und des Ministers des Innern:
Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.
gez. Unterschrift.

Veröffentlicht:
Merseburg, den 2. Juli 1919.
P. III. 155/19. **Die Polizeiverwaltung.**

Ausgabe der neuen Kohlenbezugscheine

(Reihe 1 — rot)

in der städtischen Kohlenstelle, Karlstraße Nr. 4
vormittags von 8—11Uhr, nachmittags von 3—6 Uhr
am Dienstag, den 8. Juli und Mittwoch, den 9. Juli 1919
an die Haushaltungen in den Straßen mit den Anfangsbuchstaben A bis einschl. H.
am Donnerstag, den 10. Juli und Freitag, den 11. Juli 1919 für die Haushaltungen in den Straßen J bis einschl. P,
am Sonnabend, den 12. Juli und Montac, den 14. Juli 1919 für die Haushaltungen in den Straßen Q bis Z u. sonstige.

Nach Punkt 3 der Ausführungs-Anweisung des Magistrats vom 26. Juni 1919 — L. A. II 1832/19 — erhalten einen Bezugsschein der Reihe 1 (rot) nur Haushaltungen, die nachweislich in diesem Jahre Brennstoffe noch nicht bezogen haben oder Haushaltungen deren Vorräte an Brennstoffen nicht mehr als 25 Zentner betragen.

Die noch in Umlauf befindlichen alten Magistratsbezugscheine sind verfallen und gleichzeitig zum Umtausch zurückzugeben.

Alle anderen Haushaltungen erhalten Bezugscheine erst später nach besonderer Bekanntmachung des Magistrats. Für größere Verbraucher (Behörden, Anstalten, Gewerbebet riebe usw.) bestehen besondere Vorschriften.

Merseburg, den 5. Juli 1919.
L. A. II. 1919/19. **Der Magistrat.**

Ausgabe der Brotmarken.

Die Ausgabe der Brotmarken findet **im alten Rathaus, Burgstraße Nr. 1**, in folgender Reihenfolge statt:

Dienstag, den 8. Juli 1919, von vormittags 7 Uhr bis nachmittags 2 Uhr, für die Straßen mit dem Anfangsbuchstaben von **A bis einschließlich J.**

Mittwoch, den 9. Juli, zu denselben Zeiten für die Straßen mit dem Anfangsbuchstaben von **K bis einschl. P.**

Donnerstag, den 10. Juli, zu denselben Zeiten für die übrigen Straßen.

Eine Ausgabe an anderen Tagen findet nicht statt.

Die Abgabe der Marken erfolgt nur an erwachsene Personen des Haushaltes **gegen Vorlegung des Lebensmittelheftes.**

Die Ausgabe der Krankenbrotmarken findet am **Freitag, den 11. Juli** von 8—1 Uhr im **Rathaus Markt Nr. 1** statt.

Merseburg, den 5. Juli 1919.
L.-A. I. 639/19. **Der Magistrat.**

Fortsetzung des Kirschenverkaufs

auf Abschnitt 100 der Lebensmittelhefte Nr. 7351—7500 am **Dienstag, den 8. Juli 1919, von vormittags 10 Uhr ab.**

Merseburg, den 7. Juli 1919.
L.-A. II. 1959/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Erhöhung des Zuckerpreises.

Der Kleinhandelshöchstpreis für Zucker jeder Art wird von heute an je Pfund um 3 Pfennig erhöht.

Merseburg, d. 5. Juli 1919.
L. A. II. 1934/19. **Der Magistrat.**

Schoten-Verkauf.

Von Mittwoch, den 9. d. Mts. vormittags 8 Uhr an täglich — soweit der Vorrat reicht — Schoten je Pfund 45 Pfg. in Mengen von 10 Pfd. ab gegen Lebensmittelheft an hiesige Einwohner, Lebensmittelverteilungsstelle, Große Ritterstraße 5.

Merseburg, den 7. Juli 1919.
Das städt. Lebensmittelamt.
L.-A. II. 1960/19.

Amtliche Annahme- und Verkaufsstelle

für Altleder und getragene Schuhwaren

Merseburg, Karlstraße 4.
Fernsprecher Nr. 591.
Mittwoch, den 9. Juli 1919, vormittags von 9—12 Uhr:

Annahmetag.

Dort werden auch getragene Kleidung u. Wäschestücke gegen angemessene Bezahlung angenommen.

M. 472/19. **Der Magistrat.**

Gold kauft 3½ fachen Wert Münzen, Silber, Platin, Zahnstifte **Voss** Halle a. S. Geiststr. 46.

Gesundung durch Sauerstoff!
Das natürliche giftfreie Heilverfahren ohne Berufsstörung bei
Nerven- u. Stoffwechselleiden
Nervenschwäche, Magen-, Darm-, Leberleiden, Gicht, Rheuma, Stuhlträgheit, Hautleiden usw.
Verlangen Sie kostenfrei ausführliche Druckschrift.
Dr. Gebhard & Cie., Berlin 35,
Potsdamer Strasse 104—105.

Fachlehrbücher I. Ranges.

mit vielen Abbildungen.

Moderne Seifenfabrikation 12.30 M. Der Siefensieder 11.80. Kernseifen 6.60. Harz und Harzprodukte 11.55. Bäckerei 17.65. Konditorei 29.30. Bonbonfabrikation 13.20. Fabrikmäßige Obstverwertung 41.10. Fleischerei 23.50. Der Fleischbeschauer 3.75. Der Trichinenschauer 3. Tabak und Tabakfabrikate 19.35. Tabakbau und Tabakkunde 21.80. Zigarettenfabrikation 8.60. Die Glasfabrikation 65.80 Der Schuh- und Schäftemacher 8. Schäftesteppevei 19.80. Schäftemodellieren 39.60. Boden- und Leistenmodellieren 19.80. Der Gerber 12.90. Gerbereitechnisches Auskunftsbuch 44. Der Böttcher 10.75. Hilfsbuch für Uhrmacher 5. Reparatur von Taschenuhren 6.50. Der Kronenaufzug 3. Uhrmachergehilfenprüfung 3.55. Photographie 16.50. Der Kinooperateur 5.10. Automobiltechnik 15. Verbrennungsmotorentechnik 5.50. Zweitaktmotoren 4.95. Das mod. Automobil 4.95. Das mod Motorrad 4.95. Das Motorboot 4.90. Chauffeurkurs 5.50. Fleugzeugtechnik 4.25. Flugmotor 4.95. Der Standmotor 4.95. Praxis des Fliegens 4.50 oder 9.65. Flugzeugmodellbau 8.25 Mod. Elektrizität 22. Elektrotechnik 11. Starkstromanlagen 11. Der Starkstrompraktiker 5.50. Starkstromtechnik 37.40. Schule des Elektromonteurs 5.50. Taschenbuch für Monteure elektr. Beleuchtungsanlagen 5.50. Elektr. Licht- und Kraftanlagen 4.50. Ankerwickelungen 3.30. Der mod. Installateur 33.85. Hausinstallation für Schwach- und Starkstrom 4.70. Elektro-Auskunftei 7.50. Schaltungsbuch f. Schwachstrom 5.30 Der moderne Metallarbeiter 6.90 Der Schlosser 30.30 od. 18.15. Der Bau- und Kunstschlosser 19.35. Der mod. Kunstschlosser 18.75. Einfache Schmiedearbeiten 15.15. Der Kunstschmied 16.35. Der Galvanotechniker 9.30. Der Maschinenbauer 44 oder 12.40. Landwirtschaftliche Maschinen 12.10. Dreschmaschinen 15.60. Motorpflüge 9.90. Großes Buch der Erfindungen 22. Selbstanmeldung von Patenten 11. Der Maschinist 17.85. Hilfsbuch für Maschinisten und Heizer 6.60. Der Lokomotivführer, Heizer und Maschinenwärter 11.55. Der mod. Heizer und Kesselwärter 2[illegible]. Der mod. Heizungsmonteur 16.50. Der Wasserleitungsinstallateur 10.75. Der Gas- und Wasserleitungsinstallateur 17.20. Die Pumpen 7.45. Maschinenschlosserei 6.50. Fräserei 6.50. Dreherei 6.50. Hilfsbuch f. Dreherei 6.60. Eisen- und Metalldreher 3.20. Formerei 10.75. Der Schmied 9.30. Hufbeschlag und Wagenbau 28. Der Hufbeschlaglehrmeister 6.40. Berechnen und Schneiden der Gewinde 6.45. Autogenes Schweißen und Schneiden 12.35. Der Klempner 8 oder 17.20. Der Kupferschmied 10. Die Blechabwicklungen 5.50 Funkentelegraphie 4.25. Morsetelegraphie 2. Der Maurermeister 9.30. Der Grundbau 9.90. Der Eisenbetonbau 9.30. Eisenbetonberechnung und Anwendung 24. Eisenbetonrahmenformeln 25.30 Hochbaulexikon 66. Der Zimmermann 9.30. Der Zimmermeister 9.30. Dachausmittelungen 8.60. Dachschiftungen 3.25 Der Stuckateur und Gipser 15. Kalksandsteinfabrikation 7.70. Der Steinmetz 9.30. Der Steinhauer 4.40. Der Dachdecker 9.30. Der prakt. Tischler 36.70 oder 19.35. Fachzeichnen für Tischler 14.85. Bürg. mod. Möbel 12.90. Einf. mod. Möbel 10.75. Speisezimmer 12.10. Schlafzimmer 12.10. Empfangsräume 12.10. Küchenmöbel 12.10 oder 25.40. Der Drechsler 17.20. Holzberechner 7.15. Schnittholzberechner 2.90. Der Stellmacher 15. Der Wagenfabrikant 17.15. Der Sattler 20.10. Polstern 11. Der moderne Tapezierer und Dekorateur 13.60. Der Dekorations- und Stubenmaler 7.50. Aquarellmalerei 9.90. Porzellanmalerei 6.60. Glasmalerei 6.60. Der prakt. Farbendekorateur 5.50. Malerfarben, Mal- und Bindemittel 6.60. Firmenschriften 10. Fachzeichnen 10.75. Zuschneidekunst für Herren 17.75. Damenschneiderei 23.50. Der Schriftsetzer 6.60. Der Maschinenmeister an der Schnellpresse 4.95, desgl. an der Tiegelpresse 4.95. Perückenmacher und Friseur 12. Lehrbuch der Ondulation 6.60. Jede Dame ihre Friseurin 3.10. 6000 Rezepte zu Handelsartikeln 15. Lohnberechner 2. Rechenhelfer 4,70. Richtig Deutsch 5,75. Rechtschreibung Duden 7.15. Fremdwörterbuch 5.75. Rechtsformlehrbuch 5.75 Taschenbuch des allgemeinen Wissens 4.40 Französisch 5.75. Englisch 5.75 Spanisch 5.75 Polnisch 5.75. Russisch 5.75. Rechnen 5.75. Buchführung 5.75. Handelslehre 4.40. Großer Briefsteller 5.75. Handelskorrespondenz Deutsch 5.75, desgl. Französisch 5.75, desgl. Englisch 5.75. Bankwesen 5.75 Lehrbuch der Reklame 5.75. Der gute Ton 5.75. Die Gabe der gewandten Unterhaltung 3.20. Tanzlehrbuch 3.35. Bekämpfung der Schüchternheit 3.35. Klavierschule 7.40. Violinschule 6.50. Zeichenschule 2. Schönschreibschule 4. **Preisgekröntes Buch der Landwirtschaft 13.35.** Der Landwirtschaftslehrling 9.10. Landwirtschaftlicher Ratgeber für Frauen 4. Gartenbuch 5.75 oder 22. Gartenkunst 8.50. Düngerlehre 4.75. Tierzuchtlehre 7. Fütterungslehre 4.50. Pferdefütterung 1.65. Pferdekolik 4. Der Veterinärgehilfe 4. Schafzucht 8. Schweinezucht 1.60. Schweinefütterung 2.65. Ziegenzucht 3.60. Kaninchenzucht 3.60. Geflügelzucht 5. Bienenzucht 5. Gegen Nachnahme. Wir liefern auch jedes andere Buch. **L. Schwarz & Co., Verlag. Berlin Z 14b.** Annenstraße 24

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190708-14/fragment/page=0006
DFG